

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

## Lenzeslied.

Und dreht sich auch träge die Zeit nur im Kreis,  
Der Frühling ist dennoch gekommen,  
Er bringt neue Moden: sein Mantel ist weiß,  
Und die Schneider, die braven, die haben mit Fleiß  
Für Hunderte Maß schon genommen.  
Nun hinaus aus der Stadt, denn der Wald ist grün  
Und der Himmel blau, und die Wiesen blühn,  
Und der Lenz mag jedermann frommen!

Und das zwitschert, das lacht und das jubelt so hell,  
Vor den Augen schäumt dir des Lebens Quell,  
Lichtfunkelnd und tanzend und brausend;  
Und hat dich der Glaube des Köhlers begehrt,  
So hörst du wohl auch, wie der Grashalm wächst,  
Und staunst: „Das vermag ich! Postausend!“  
Und der Schöpfung schönsten und einzig Gebot  
Wird erbaulich dir vorgetragen,  
Wenn im Walde du wandelst beim Abendrot  
Und die Nachtigallen schlagen.

Auch ich ging hinaus mit beflügeltem Schritt,  
Andächtig zu lauschen und träumen;  
Mein Herz war offen, die Lehre glüht  
Wie im Sturmwind hinein, und es riß und schnitt  
In der Seele tiefinnersten Räumen:  
Daß ich ähnlich dem Vogel im Käfige nur,  
Verschüchtert und unfrei, doch frei die Natur,  
Das hab ich gelernt von den Bäumen.

Aus dem Laube klang es überall her;  
Vom Ratheder der Zweige dozerte bald der,  
Bald ein anderer die fröhliche Lehre,  
Und es tönte wie starke Musik durch den Wald,  
Wie das Hohe Lied und der Psalmen Gewalt,  
Der Gesang zu des Lenzgotts Ehre;  
Mir drang's in die Seele stark und tief.  
Und alles erblickt' ich in Klarheit,  
Auf den grünen Ratheder schlug ich und rief:  
„Hier, hier nur gibt es noch Wahrheit!“

Alles, Wahrheit! — Die Straße der Wahrheit geht  
Durchaus nicht gerade; nicht eben!  
Wer immer verzagt schon am Anfang steht  
Und auf halbem Weg sich zurück dreht,  
Wird wenig fürs Leben erstreben.  
Nein, lebet das Leben! Der Wald ist grün  
Und der Himmel blau, und die Wiesen blühn;  
So laßt mit dem Lenz uns leben!

Holger Drachmann f.

## Der Steuerzettel in Sicht!

I.

In den nächsten Wochen werden die Arbeiter wieder mit dem Steuerzettel beglückt. Nicht allein der Staat, sondern auch die Gemeinden erheben je nach der Höhe des Einkommens entsprechende Abgaben. In Deutschland hat jeder einzelne Bundesstaat sein eigenes Steuergesetz. Der größte Bundesstaat, Preußen, hat nun im Jahre 1906 sein Einkommensteuergesetz einer Revision unterzogen, und im Jahre 1907 hat das preussische Abgeordnetenhaus in § 23 des genannten Gesetzes, soweit er die Arbeiter betrifft, noch weiter verschärft. Dieser Paragraph verpflichtet nun die Arbeitgeber, die Löhne ihrer Arbeiter anzugeben, während die anderen Stände ihr Einkommen selbst einschätzen. In den übrigen Bundesstaaten dürften die Arbeiter über zu niedrige Steuerabgaben auch nicht zu klagen haben. Sehr häufig muß man nun die Beobachtung machen, daß die Kollegen wenig oder gar keine Kenntnis von den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der zu zahlenden Steuern haben, und deshalb dürfte es angebracht erscheinen, das preussische Einkommensteuergesetz einmal einer Betrachtung zu unterziehen und den Kollegen unter Anfügung einer Steuerreklamation, eines Antrages auf Stundung der Steuern und Anführung der zu machenden Abzüge usw. entsprechende Fingerzeige zu geben.

Was zunächst den vorstehend genannten § 23 anbetrifft, so lautet derselbe, soweit er die Arbeiter betrifft:

„Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehülften haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihrer Arbeitstätigkeit zu geben. Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über dieses Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 Mk. nicht übersteigt, dem Gemeinde-(Guts-)vorstande seiner gewerblichen Niederlassung, oder in Ermangelung eines solchen, seines Wohnortes auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen. Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf folgende Angaben: a) Bezeichnung der zur Zeit der Anfrage beschäftigten Personen nach Namen, Wohnort und Wohnung; eine Verpflichtung zur Angabe von Wohnort und Wohnung besteht jedoch nur, soweit diese dem Arbeitgeber bekannt sind; b) das Einkommen, welches die zu a) bezeichneten Personen seit dem späteren Beginn ihrer Beschäftigung bis zum 30. September desselben Jahres tatsächlich an barem Lohne (Gehalt) und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen haben. Dem Arbeitgeber ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen Personen, welche bei ihm schon in dem ganzen der Auskunftserteilung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, daß in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben. Naturalbezüge, insbesondere freie Wohnung oder Station, sind ohne Wertangabe namhaft zu machen. Diese Pflicht (der Auskunftserteilung) liegt auch den gesetzlichen Vertretern nicht-physischer Personen ob.“

Für das Steuerjahr 1908 muß also das Einkommen aus dem Jahre 1907 versteuert werden. Früher wurde die Veranlagung nach dem Durchschnittsverdienste der dem Steuerjahr vorausgegangenen drei letzten Jahre vorgenommen. Da das Arbeitereinkommen meistens erheblichen Schwankungen unterworfen ist, so liegt in dem § 23 in seiner jetzigen Fassung für die Arbeiter ein unbillige Härte. Da weiter die Einkünfte über das Einkommen resp. Verdienst der Arbeiter so zeitig erteilt werden müssen, um die ganzen Veranlagungsarbeiten nicht zu verzögern, so können höchstens für die drei ersten Quartale des jeweiligen für die Steuer maßgebenden Vorjahres genaue Angaben über die bezahlten Löhne gemacht werden. Für das vierte Quartal sind also die Behörden wieder auf Schätzungen angewiesen. Bei diesen Schätzungen können aber die Schwankungen nicht berücksichtigt werden, denen gerade im vierten Quartal der Arbeitsmarkt ausgesetzt ist. Das vierte Quartal ist für die Arbeiter so ziemlich das ungünstigste und unsicherste während des ganzen Jahres. Für diese Zeit soll nun auch nach dem neuen Verfahren die Schätzung wieder Platz greifen. Daß dabei erhebliche Mißgriffe vorkommen können, daran ist fast nicht zu zweifeln.

Als weitere Verschlechterung kommt noch in Betracht, daß Steuerpflichtige mit einem Einkommen bis zu 3000 Mk. in Zukunft das preussische Oberverwaltungsgericht nicht mehr anrufen können. Nach § 43 des Einkommensteuergesetzes kann gegen die Veranlagung zur Staatssteuer innerhalb vier Wochen, vom Tage der Zustellung der Veranlagung gerechnet, Einspruch erhoben werden. Der Bescheid der Veranlagungskommission ist dann innerhalb vier Wochen, vom Tage der Zustellung an, nochmals mittels Berufung bei der Veranlagungskommission anzufechten. Der Sitz der Veranlagungskommission ist auf der Veranlagung, der Sitz der Berufungskommission auf dem Einspruchsbescheid angegeben. Bis zum Jahre 1906 konnte die Entscheidung der Veranlagungskommission noch mittels Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht angefochten werden. Dieses Recht genießen heute nur noch die Steuerpflichtigen, die mit einem Einkommen von mehr wie 3000 Mk. veranlagt sind.

Falls ein Arbeiter zur Reklamation schreiben muß, kann er folgende Abzüge machen: Für jedes Kind unter 14 Jahren, sofern er verheiratet ist, 50 Mk.; wenn jedoch Kinder über 14 Jahre auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen vom Steuerpflichtigen unterhalten werden und nicht ein eigenes Einkommen von mehr als der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes nach ihrer Altersgrenze und nach ihrem Geschlechte haben, so dürfen auch für solche Kinder 50 Mk. in Abzug gebracht werden. Für Kinder über 14 Jahre, welche im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd, d. h. nicht nur vorübergehend, tätig sind, darf nichts abgezogen werden. — Die Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, zu Witwen-, Waisen- und Pensionisten sind ebenfalls abzugsfähig, sofern dieselben zusammen den Betrag von 600 Mk. nicht übersteigen. Dasselbe gilt auch für Lebens- und Kinderversicherungen für den Steuerpflichtigen sowohl wie für die nicht selbständig zu veranlagenden Familienangehörigen (Chefrau, Kinder). — Sobald der Steuerpflichtige durch außergewöhnliche Belastungen, durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalte mittel- oder Angehörigen, andauernde Krankheit, Verhinderung und besondere Unglücksfälle in seiner Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wird, so sind dessen wirtschaftliche Verhältnisse nach § 20 derart zu berücksichtigen, daß bei einem Einkommen von weniger wie 9500 Mk. Ermäßigung bis zu höchstens drei Stufen eintreten kann. — Bemerkenswert ist, daß nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 15. Juni 1904 Beiträge zu den Krankenkassen usw. nur dann abzugsfähig sind, wenn dem Steuerpflichtigen dadurch ein klagbarer Anspruch auf die Vorteile, zu deren Erlangung die Beiträge geleistet

werden, gegen die Klasse zusteht. — Verbandsbeiträge sind somit nicht abzugsfähig, da hier überall der klagbare Anspruch fehlt.

Ueber das, was zum Einkommen gehört, gehen die Meinungen mitunter weit auseinander. Als steuerpflichtiges Einkommen gilt der gesamte Jahresverdienst, also auch alles das, was aus Nebenstunden usw. erzielt wird. Bei einem Akkordarbeiter erfolgt z. B. die Veranlagung nicht nach dem in der Fabrik für ihn festgesetzten Stundenlohn, sondern aus dem, was er im Stunden- und Akkordlohn zusammen verdient. — Steuerpflichtig sind u. a. auch Weihnachtsgatifikationen, die den kaufmännischen Angestellten vielfach gewährt werden, auch wenn diese Gratifikationen nicht auf ausdrücklicher Vereinbarung beruhen, aber denselben auch ohne eine solche vom Prinzipal in Anerkennung ihrer Leistungen herkömmlich gewährt zu werden pflegen. — Außer den baren Einnahmen ist auch der Geldwert der etwaigen Naturalbezüge, einschließlich des Mietwertes der freien Wohnung, der Besteuerung unterworfen. Weiter werden dem Einkommen noch zugezählt alle Unfall-, Alters- und Invalidenrenten, Alters- und andere Rentenbezüge. Endlich wird dem Einkommen des Mannes noch der etwaige Verdienst der Ehefrau hinzugezählt, ebenso der der Kinder, sofern die letzteren nicht selbständig veranlagt werden. — Sogar die Konsumvereins-Dividende sucht man dem Arbeiter zu versteuern. Die Veranlagungskommission zu Merseburg entschied dahin, daß es sich bei der Dividende nicht um eine Verteilung „zweifel gezahlter Beträge“, wie es bei dem Rabattspartenhystem der Fall ist, handle, sondern um eine „Art der Verteilung“ des geschäftlichen Reingewinnes unter die Mitglieder. Derartige Beträge unterlägen aber nach dem bestehenden Recht der Steuerpflicht. Man stützt sich hierbei auf den § 11 Abs. 2b, wonach als Einkommen aus Kapitalvermögen u. a. auch gelten: Gewinnanteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. Die Besteuerung der Konsumvereins-Dividende ist insofern eine Ungerechtigkeit, als hier eine doppelte Besteuerung stattfindet. Erstens versteuert der Konsumverein den gesamten Ueberschuß und zweitens müssen dann die Mitglieder der einzelnen Anteile des bereits versteuerten und nachher zur Verteilung gelangenden Ueberschusses nochmals versteuern.

Die Frage, ob Streikunterstützung einkommensteuerpflichtig sei, hat das sächsische Finanzministerium dahin entschieden, daß die Steuerpflichtigkeit der aus einer Verbandskasse an Ausländische gewährten Unterstützungen nach § 19 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes zu beurteilen ist. Nach dieser Bestimmung sind die bezeichneten Unterstützungen in der Hand ihrer Empfänger steuerpflichtig, wenn sich der Verband zu ihrer Verabreichung rechtsgültig verbindlich gemacht hat, den Empfängern also ein klagbares Recht auf jene Unterstützungen zusteht. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so sind die gezahlten Unterstützungsbeträge kein Bestandteil des steuerpflichtigen Einkommens der Empfänger, sondern gehören zu den im § 15 Ziffer 2 des Einkommensteuergesetzes erwähnten außerordentlichen Einnahmen. Da Streikunterstützungen in der Regel nicht einlagbar sind, werden sie wie alle anderen Unterstützungen, für die ein Anrecht auf dem selbigen Wege nicht geltend gemacht werden kann, als steuerfrei betrachtet werden müssen. — Anders würde man in Preußen auch nicht urteilen können, und zwar schon deshalb nicht, weil man die Verbandsbeiträge für nicht abzugsfähig erklärt. Läßt man auf der einen Seite nicht zu, daß Beiträge zu solchen Kassen, bei denen den Steuerpflichtigen ein Rechtsanspruch auf die Leistungen nicht zusteht, abgezogen werden können, so kann man auf der anderen Seite nicht die Unterstützungen, worauf der Rechtsanspruch ebenfalls fehlt, für steuerpflichtig erklären. — Nun darf man aber nicht annehmen, daß wenn man infolge eines Streiks

eine Zeitlang arbeitslos war, dieferhalb ein geringeres Einkommen angerechnet würde. In solchen Fällen kann die Steuerbehörde die Veranlagung nach dem mutmaßlichen Jahresertrage vornehmen. Ein Vergarbeiter, der im Jahre 1906 acht Wochen gestreift und somit nur 1136,50 Mark verdient hatte, wollte hiernach veranlagt werden. Damit hatte er jedoch kein Glück, wie aus folgender Antwort der Berufungskommission zu Merseburg hervorgeht: Nach § 9 II des Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 erfolgt die Veranlagung der physischen Personen nach dem Ergebnisse des dem Steuerjahre, für welches die Veranlagung erfolgt, unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres und, soweit für eine Einkommenquelle ein Jahresergebnis nicht vorliegt, nach dem mutmaßlichen Jahresertrage. Bei Ihnen liegt nach der von Ihnen beigebrachten Lohnbescheinigung Ihres Arbeitgebers ein Jahresergebnis nicht vor, da durch Ihre Teilnahme an dem Vergarbeiterstreik während der Zeit vom 29. März 1906 bis 28. Mai 1906, also während acht Wochen, eine Minderung in Ihrer Einkommenquelle eingetreten ist. Ihre Veranlagung zur Einkommensteuer muß senach nach dem mutmaßlichen Jahresertrage erfolgen. Nach der Lohnbescheinigung haben Sie während 44 Arbeitswochen 1136,54 Mf. Arbeitsverdienst erzielt, für 52 Wochen ergibt sich hiernach ein solcher von 1343 Mf. — Der Arbeiter wollte nur 1136,54 Mf. versteuern, hatte damit aber keinen Erfolg.

## Die Stellung der freien Gewerkschaften zu dem Gesetzentwurf über die Arbeitskammern.

Das badische Ministerium des Innern hat in anerkennenswerter Weise die Fabrikinspektion beauftragt, die Arbeiterorganisationen aufzufordern, ihre Meinung über die geplanten Arbeitskammern zur Kenntnis der Regierung zu bringen.

In Erfüllung des ihr gewordenen Auftrags hat die Fabrikinspektion in Mannheim zwei Sitzungen mit den Vertretern der Organisationen abgehalten. Schon in der ersten Sitzung einigte man sich dahin, daß jede Organisationsrichtung ihren Standpunkt schriftlich präzisiert und der Fabrikinspektion zur Weitergabe an die Regierung übermittle. Dies ist seitens der freien Gewerkschaften in der zweiten Sitzung geschehen und erklärte Herr Oberregierungsrat Dr. Wittmann beim Schluß der zweiten Sitzung, daß diese erstmalige Einholung des Gutachtens der organisierten Arbeiterschaft für ihn äußerst interessant gewesen sei und daß die Regierung voraussichtlich in ähnlichen Fällen auch in Zukunft die Meinung der Arbeiter einholen werde, so daß zu hoffen wäre, daß derartige Besprechungen noch des öfteren stattfinden.

Die von unserem Kollegen R. Sedmann ausgearbeitete und vom Mannheimer Gewerkschaftsstadell einstimmig gutgeheißene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

An die Großh. badische Fabrikinspektion Karlsruhe.

Auf die Anfrage der Großh. Fabrikinspektion über unsere Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf betreffs Arbeitskammern, hat das Gewerkschaftsstadell, als die berufene Vertretung der freien Gewerkschaften, in Mannheim beschlossen, sich wie folgt zu äußern:

Die freien Gewerkschaften fordern prinzipiell die Schaffung von Arbeitskammern als gesetzliche Vertretung der gesamten Arbeiter im Bergbau, Industrie und Gewerbe, Verkehr und Landwirtschaft, sowie in allen Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben auf der Grundlage des Proportionalwahlrechts für alle volljährigen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Diese selbständigen Arbeiterkammern sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft berührenden Angelegenheiten Vorschläge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von Enquetes und arbeitsstatistischen Aufnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes mitzuwirken.

Die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitskammern ergibt sich im Hinblick auf die Tatsache, daß eine gesetzlich anerkannte Vertretung der an Zahl häufigsten Gesellschaftsklasse, auf deren Arbeit die moderne Kultur beruht, in Deutschland zurzeit nicht besteht, obwohl gerade ihre Interessen, als diejenigen der wirtschaftlich Schwächsten und sozial am meisten Benachteiligten eine solche Ver-

tretung auf das dringendste erfordern. Schon längst haben andere Berufsstände in den Handelskammern und Landwirtschaftskammern ihre gesetzliche Vertretung gefunden, so daß die Schaffung von Arbeiterkammern lediglich als logische Konsequenz dieser Einrichtungen zu betrachten ist, wenn die theoretische Gleichheit aller vor dem Gesetz auch für die Arbeiterschaft ihren praktischen Ausdruck finden soll.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Vertretung der Arbeiter können wir als eine solche nicht anerkennen, wir betrachten dieselbe vielmehr als eine Scheinvertretung, die den Willen und die Meinung der Arbeiterschaft in richtiger Weise widerzuspiegeln nicht in der Lage ist. Schon die sogenannte paritätische Zusammensetzung der Kammern verhindert die im § 2 des Entwurfs vorgesehene Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer. Da ein Sonderprotokoll nach dem Entwurf nicht möglich ist, so würde dieser Punkt bei der geplanten Zusammensetzung der Arbeitskammern höchstens zu unfruchtbaren Debatten Anlaß geben, ohne daß jemals eine die Arbeiter auch nur einigermaßen befriedigende Lösung der betreffenden Fragen zu erwarten wäre. Dasselbe würde eintreten bei der Erstattung von Gutachten über Arbeitsverhältnisse. Diese würden infolge des Einflusses der Arbeitgeber nur ein Zerrbild der tatsächlichen Verhältnisse ergeben, was für die Arbeiterschaft insofern von unberechenbarem Schaden wäre, als diese Kundgebungen von den amtlichen Organen der Regierung zweifellos als mit den Ansichten der Arbeiter sich deckend betrachtet würden, auch wenn diese sich in entgegengesetzter Richtung bewegten.

Die Angliederung der Arbeitskammern an die Berufsgenossenschaften, denen ganz andere Aufgaben obliegen, erscheint durchaus unangemessen, und der Umstand, daß den Berufsgenossenschaften auch die Tragung der Kosten auferlegt werden soll, ist nur geeignet, die Kammern bezüglich der Vertretung der Arbeiterinteressen noch weiteren Beschränkungen auszusetzen, indem den Unternehmern in den Berufsgenossenschaften damit die Möglichkeit gegeben wäre, die Durchführung der im Interesse der Arbeiter etwa gefassten Beschlüsse zu hintertreiben.

Die Nichtwählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen, die in der Regel einen größeren Einblick in die Verhältnisse haben als die Arbeiter, denen neben der täglichen Berufsarbeit nur selten genügend Zeit bleibt, um alle in Betracht kommenden Fragen eingehend zu studieren, scheint darauf berechnet, möglichst nur solche Elemente in die Kammern zu bringen, auf die die Unternehmer infolge ihrer, durch das Arbeitsverhältnis begründeten Abhängigkeit einen größeren Einfluß haben. Die weitere Bestimmung, nach der die Entlassung eines Arbeiters auch den Verlust des Mandats zur Arbeitskammer zur Folge hat, verstärkt noch diesen Eindruck und gibt jedenfalls den Unternehmern einen weitgehenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Arbeitervertreter.

Auch sind die Arbeiter, für deren Vertreter ein außerordentlich kompliziertes Wahlverfahren festgesetzt ist, den Unternehmern gegenüber insofern benachteiligt, als diese ihre Vertreter durch den Vorstand der Berufsgenossenschaft — also durch die Zwangsorganisation der Unternehmer — wählen, während auf der anderen Seite die Arbeitervertreter bei den Berufsgenossenschaften, die erst aus mehrfachen indirekten Wahlen hervorgehen, ebensowenig wie die Arbeiterausschüsse auch nur annähernd als ein gleichwertiger Faktor betrachtet werden können, um so weniger, als die Arbeiterausschüsse nicht einmal obligatorisch eingeführt sind, so daß es im Belieben des Unternehmers steht, ob er solche in seinem Betrieb überhaupt einführen will.

Entschieden zu weitgehend sind die im Entwurf festgelegten Rechte des Vorsitzenden, der der Kammer gegenüber für seine Geschäftsführung nicht verantwortlich ist, also von dieser nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Wie wenig die Unternehmer geneigt sind, die besonderen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen oder nur objektiv zu würdigen, geht aus dem von der Mannheimer Arbeitskammer in gleicher Sache an die Fabrikinspektion abgegebenen Gutachten klar und unmissverständlich hervor. Es erweckt den Eindruck mangelnden sozialen Verständnisses, wenn eine solche Körperschaft, die lediglich eine auf gesetzlicher Basis errichtete Vertretung der Sonderinteressen des Unternehmertums ist, der Regierung gegenüber erklärt, daß für eine gesetzliche Vertretung der Interessen der Arbeiter kein Bedürfnis vorliege.

Ergleich der gegenwärtige Gesetzentwurf den Arbeitern nur eine Scheinvertretung gewährt, versucht die Handelskammer dennoch, die Privilegien, die der Arbeitskammer eingeräumt werden sollen, noch weiterhin zu mindern und insbesondere durch die ge-



Heim Abhaltung der Sitzungen die Verhandlungen der Kontrolle der Öffentlichkeit zu entziehen, wodurch eine Beeinflussung der Arbeiter durch die Unternehmer in weitgehendem Maße ermöglicht wird. Neben diesem Ausdruck des krassesten Egoismus verlangt die Handelskammer, daß die deutsche Industrie vor neuen Belastungen durch sozialpolitische Gesetze im Interesse ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande möglichst bewahrt bleiben müsse. Wie wenig dieser Krämmerstandpunkt durch die tatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigt ist, geht aus den Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften und dem stets steigenden Reichtum der Unternehmerklasse hervor.

Angeichts dieser geringen Geneigtheit der Unternehmerkreise, durch Entgegenkommen an die Arbeiter den sozialen Frieden zu fördern, und in der Erwägung, daß der gegenwärtige Gesellschaftsvertrag in allen seinen Teilen für die Arbeiter unannehmbar ist, weil damit eine wirkliche Arbeitervertretung nicht geschaffen würde, die auf Grund dieses Entwurfes zustande kommenden Arbeitskammern vielmehr zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt wären, lehnen wir es ab, zu diesem Entwurf irgendwelche Verbesserungsvorschläge zu machen und betonen nochmals die Notwendigkeit der Schaffung reiner Arbeiterkammern.

Sollten aber dennoch, entgegen unseren Forderungen, auf Grund eines neuen Gesellschaftsvertrags Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage beschlossen werden, so müßten diese territorial nach Staaten und Provinzen abgegrenzt, mit besonderen Abteilungen für alle wichtigen Gewerkschaften auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalverfahrens für alle Unternehmer einerseits und alle volljährigen, gegen Gehalt, Lohn oder freien Unterhalt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen andererseits, errichtet werden. Die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen wäre sicher zu stellen, die Mandatsdauer auf höchstens zwei Jahre festzusetzen, die Wahlen an einem Sonntag vorzunehmen und die Entziehung des Wahlrechts wegen Bezug von Armenunterstützung auszusprechen. Endlich wären alle sozialpolitischen Funktionen den bestehenden Unternehmerkammern abzunehmen und den Arbeitskammern zu übertragen, deren Kosten vom Staat bestritten werden müßten. Hervorgehend aus den Arbeitskammern wären Arbeitsämter mit einem Reichsarbeitsamt als selbständige Reichsbehörde zu errichten. Nur auf dieser Grundlage wäre die Möglichkeit eines gedeihlichen Wirkens paritätisch zusammengesetzter Kammern denkbar.

Wir können uns der vorstehend begründeten Auffassung nur anschließen und möchten wünschen, daß nicht nur in Baden, sondern in allen Einzelstaaten die Gewerkschaften zur Meinungsäußerung über die geplanten Arbeitskammern aufgefordert würden. Das Gesamtergebnis weicht dann sicher von obigen Ausführungen nicht wesentlich ab und würde der Reichsregierung vielleicht doch endlich das jetzt noch fehlende Licht aufdecken.

Die Redaktion.

## Die Rache der Stadtverwaltung in Halle a. S.

In Nr. 8 der „Gewerkschaft“ gaben wir den Ausgang des Streits der Gasarbeiter in Halle a. S. bekannt, dabei betonend, daß unsere Kollegen unterlegen sind. Heute ist es nun erforderlich, etwas von der Stellung der Hallenser Stadtverwaltung den Besiegten gegenüber zu sagen. Man beliebt nämlich über die ausständig gewordenen Gasarbeiter die Hungerperipetie zu schwingen. Die Stadtverwaltung hat es bekanntlich abgelehnt, die Unterlegenen wieder einzustellen. Damit ist man aber noch nicht zufrieden. So die Gasarbeiter nur hinkommen und um Arbeit anfragen, wird ihnen zumeist die Tür gewiesen. Es hat den Anschein, als wenn sogar zu schwarzen Listen gegriffen worden ist, um die „frivolen“ Arbeiter selbst aus der Stadt los zu werden. Ein Teil der Kollegen hat es denn auch schon vorgezogen, nicht noch völlig unangebrachte, von vornherein aussichtslose Bittgänge zu machen.

Aber selbst Unbeteiligten haben die Sieger ihre Rache fühlen lassen. War da auf der Gasanstalt auch ein Arbeiter Hlendorf beschäftigt; er war seit 5. Dezember 1906 als Retortenarbeiter in der Gasanstalt tätig. Am 30. Dezember 1907 erkrankte er und am 15. Februar 1908 wurde er gesund geschrieben. Da er sich aber noch schwach fühlte, blieb er weitere drei Tage zu Hause und meldete sich am 18. Februar zur Arbeit. Mit dem Streik hatte er absolut nichts zu tun, denn der Streik

wurde am 29. Januar proklamiert und am 17. Februar für beendet erklärt. Trotzdem sollte er indirekt dafür bestraft werden, denn wie der Betriebsführer Richter sagte, wäre Hlendorf sicherlich 14 Tage eher zur Arbeit gekommen, wenn der Streik nicht gewesen wäre, d. h. ihm wird der Vorwurf gemacht, er habe gewissermaßen 14 Tage simuliert! Ob das gerade eine Schmeichelei für den behandelnden Arzt ist, der die Situation nicht erkannt habe, mag dahingestellt sein. Genug, der Arbeiter war streitverdächtig und mußte daher des Unternehmers Rache fühlen. Er wurde von der Retorte hinweg auf den Hof geschickt, um dort Hofsarbeit zu machen. Das bedeutet für ihn einen täglichen Lohnausfall von 70 Pf. ohne die regelmäßigen Sonntagslohn. Auf seine verwunderte Frage nach dem Grund wurde ihm erwidert: Den Leuten, die während des Streiks aus der Not geschellen haben, könne man es nicht antun, solche Arbeit zu machen, bei der sie weniger verdienen. Das ist köstlich. Die Streikbrecher werden nach allen Regeln der Kunst gehänselt; alte Arbeiter aber, die krank waren, werden von ihrer Arbeit auf geringer bezahlte Posten gestellt. Für die ist das gut genug. Es hat also doch eine Verurteilung, daß ein ehemaliger Gasarbeiter sagte: „Wer krank wird, wird am liebsten von draußen gesehen.“ Der so behandelte Hlendorf hat denn auch die allein richtige Antwort gegeben, er hat seine Arbeit den Streikbrechern überlassen.

In einem anderen Falle handelt es sich um einen vom Betriebsführer Richter wieder eingestellten Streikenden, den Hofsarbeiter Schuster, welcher Vater von 6 Kindern im Alter von 1 bis 14 Jahren ist. Die Herrlichkeit dauerte jedoch nicht lange. Das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke hatte beim Magistrat Anzeige erstattet, daß Richter streikende Arbeiter eingestellt habe! Am Donnerstag hatte Sch. deshalb beim „Liebesführer“ Richter noch eine Vernehmung, wobei ihm zwar die Sachlage mitgeteilt, von Herrn Richter aber die tröstliche Zusicherung gegeben wurde, die Angelegenheit noch regeln zu können. Aber aller guter Wille war umsonst. Am Montag den 2. März abends wurde der Arbeiter entlassen, unbetümmert darum, was aus ihm und seiner starken Familie wird. Der Nachgepiß verlangt eben Opfer. Bei der Entlassung sprach Herr Richter wiederholt sein Bedauern aus, einen brauchbaren Arbeiter und Vater vieler Kinder auf das Straßengpflaster werfen zu müssen. Aber es liege ein Magistratsbeschluss vor, alle Streikenden wieder zu entlassen, dem müsse er sich fügen.

Der so zu Unrecht entlassene Arbeiter wandte sich an den ersten Bürgermeister Dr. Rive um eventuellen Schutz. Aber auch da pochte der Arbeiter vergeblich an. Herr Dr. Rive wollte zwar von dem Beschlusse des Magistrats nichts wissen, aber eine Wiedereinstellung, trotz der zahlreichen Familie, sei ausgeschlossen. Warum habe er sich auch, trotz seiner Familie, den Beamten und Wählern angeschlossen. Auf weiteres ließ sich der Herr Bürgermeister nicht ein, weil ja doch jede Äußerung am Abend wieder im „Volksblatt“ stehe. So wird es also gemacht, um Arbeitern, die in städtischen Betrieben tätig sind und auf Grund ihres Koalitionsrechtes für eine Verbesserung ihrer Lage eintreten, das Rückgrat zu brechen. Da wird selbst die hilflose Familie nicht geschont. Um Rache zu nehmen an den „unbotmäßigen“ Arbeitern wird von dem Magistrat, der doch auch von den Steuergeizhalsen aller Einwohner bezahlt wird, die Hungerperipetie unbarbarisch und rücksichtslos geschwungen.

Diese Handlungsweise des Magistrats und Kuratoriums zeigt aber zweifelsfrei, daß sie ihres „Sieges“ nicht froh werden. Die Stadtverwaltung war in ihrer Hartnäckigkeit nicht gut beraten. Der Streik hat nicht bloß auf Seiten der Ausständigen, sondern auf beiden Seiten Wunden geschlagen. Das Vorgehen der Stadtverwaltung wird dadurch aber noch keineswegs gerechtfertigt. Gegen solche Nachgepiß muß ganz entschieden protestiert werden. Das Stadtverordneten Kollegium wird wohl hierzu noch Stellung nehmen müssen. Früher oder später wird aber der Magistrat die Arichte dieser Taktik erken. Die Organisation wird er nicht auseinanderreißen, er wird vielmehr immer wieder neue Arbeiter, die gleichfalls der modernen Arbeiterbewegung angehören, in die Betriebe hineinbekommen. Die Zeit wird auch den Magistrat von Halle von seinen terroristischen Anwandlungen heilen. Der Entwicklung der Verhältnisse kann auch der größte Reaktionär nicht hindernd ins Rad greifen.

H. W.



## Lohnbewegung der Bremer Staatsarbeiter.

Die schon seit längerer Zeit herrschende Teuerung hat unsere Bremer Kollegen gezwungen, in eine Bewegung zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die augenblicklich gezahlten Löhne sind aber auch recht minimal. Bei der Straßenreinigung beträgt der Anfangslohn pro Tag 3 Mk. und der Höchstlohn 4 Mk. Allerdings soll nach vier Wochen Beschäftigungszeit eine Erhöhung des Anfangslohnes eintreten, es kommt jedoch auch vor, daß wertvolle Arbeitskräfte jedes Monate lang den Minimallohn erhalten. Die Wallarbeiter haben einen Tagelohn von 3,50 Mk. im Winter und 3,75 Mk. im Sommer. Die Verrechnung zur Lohnlärzung wird von der Tatsache abgeleitet, daß im Winter die Arbeitszeit eine Kleinigkeit kürzer ist wie im Sommer. Privatunternehmer und eine Reihe Stadtverwaltungen zahlen in solchen Fällen den vollen Tagelohn auch im Winter weiter. Den ständig beschäftigten Arbeitern der Baudeputation werden 37 bis 39 Pf. Stundenlohn zugewillt, den Saisonarbeitern dagegen 41 Pf., letztere dürfen jedoch, wenn sie das ganze Jahr tätig sind, auch nicht mehr verdienen wie ständige Arbeiter. Die Erleuchtungs- und Wasserwerke haben Tagelöhne von 3,00 bis 4,00 Mk. für Arbeiter, 4,50 bis 5,25 Mk. für Feuerleute, 4,00 bis 5,60 Mk. für Maurer und im Außenbetrieb 3,00 bis 5,60 Mk. Auf dem Weserbahnhof kommen im Durchschnitt 37½ Pf. pro Stunde in Betracht und auf dem Schlachthof 4 bis 5 Mk. pro Tag. Im letzteren Falle sind auch Alterszulagen von 20 Pf. pro Tag nach je zweijähriger Dienstzeit eingeführt. Mustergültig sind alle diese Löhne sicherlich nicht, denn in der Privatindustrie und bei vielen Stadtverwaltungen werden ganz bedeutend höhere Löhne gezahlt. Die Anfangslohne der Straßenreiniger bleiben sogar noch um 20 Pf. unter dem bei uns festgesetzten ortsüblichen Tagelohn für Bremen und um 40 Pf. unter dem ortsüblichen Tagelohn für Bremerhaven zurück. Man kann daher im Bremer Senat keineswegs stolz auf die derzeitige Lohnhöhe der Staatsarbeiter sein.

Neben der recht minimalen Entlohnung haben die Bremer Staatsarbeiter auch mit langer Arbeitszeit zu rechnen. Allgemein ist die 10stündige Arbeitszeit üblich, hier und da trifft man selbst noch 10½stündiges Schaffen, und bei der Weserkorrektur gibt es sogar 12stündige Wachen. Hier ist also nichts von sozialem Fortschritt zu spüren. Nur auf dem Gaswerk, und da auch nur für die Beschäftigten der Feuerhaube, besteht der Achtstundentag. Hier ist Bremen gewissermaßen bahnbrechend vorgegangen, indem es als erste deutsche Stadt im Jahre 1890 den Dreischichtwechsel durchführte. Leider ist dabei die Arbeitsmethode alles weniger wie musterhaft und nachahmenswert. Die Schichtwechselarbeiter haben vielmehr unter starker Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu leiden, und ist hier Wandel unbedingt geboten. Nachdem selbst in der Bremer Privatindustrie der 9- und 10½ Stundentag vorherrscht, ist eine Revidierung der jetzt geltenden Ansichten in der Staatsverwaltung wohl an der Zeit.

An Risiken steht es in den einzelnen Betrieben gleichfalls nicht. Auf dem Gaswerk ist es besonders die äußerste angespannte und hastige Arbeitsstätigkeit, welche die Sicherheit des Personals gefährdet. Die Schutzmaßnahmen gegen Unfälle sind nicht entsprechend. Innerhalb kurzer Frist sind auf dem Gaswerk drei tödliche Unfälle vorgekommen. — Das Stohlenlösen wird in Alford gemacht. Für das Entleeren eines Dampfes werden 32 Stunden gezahlt, auch wenn der Dampf in kürzerer Zeit gelöscht wird. Das führt zu unverantwortlicher Hast und damit gesteigerter Unfallgefahr. Recht eigentümlich verfährt dabei auch der Brauch, für die Arbeit des Stohlenlösenden meist Leute zu verwenden, die einer freien Hilfsklasse angehören und somit der Betriebsklasse nicht zur Last fallen, wenn ihnen Schäden widerfährt. Derartige Vorurteile dürfen aber keinesfalls ebnen werden, sondern müssen von jeder Staatsverwaltung in schärfster Weise bekämpft und ausgerottet werden. Die Sicherheit zum Schutze von Menschenleben mußte unbedingt eine größere werden. — Am Weserbahnhof belagern sich die Kollegen über besonders schroffes Vorgehen des Vorstehers Wehmann. Wer eine Überstunden machen will, dem wird mit Entlohnung gedroht. Aufstommen wird nicht mit Abzug des vertriehen Lohnes, 37½ Pf. pro Stunde, sondern mit Anrechnung von Überstundenbeträgen a 50 Pf. pro Stunde, geahndet, weil es glattere Rechnung sei. Urlaubsgehalte werden häufig mit Entlohnungsandrohung begeben oder abgelehnt. Wefwerden und sonstige Gefühle werden nur selten beantwortet. Die Unfallgefahr wird durch Überbürdung mit schwerer Arbeit und Stellung ungenügender Konjunktoren gesteigert. Also Uebelsünde die Halle. Wann sorgt man für Abkühlung?

Unter den Mitarbeitern des Elektrizitätswerkes (Außenbetrieb) herrscht Gefinnungsschnüffelei und Unzuldsamkeit gegen Andersdenkende. In einem Falle hat ein Verbandmitglied durch den sanften Tod seiner lieben Kollegen die Mitgliedschaft in unserem Verbands aufgehoben und die „Bürger-Zeitung“ abbestellt. — Vergleichen Vorkommnisse müßten wohl dazu führen, daß Aenderung in diesen Dingen eintritt.

Stark reformbedürftig ist auch die Bremer Arbeiterfürsorge. Den vom Staat beschäftigten Arbeitern wird gewährt: Sommerurlaub bei voller Lohnzahlung nach dreijähriger Beschäftigung drei Tage und nach sechs Jahren bis zu sechs Tagen. Diese Vergünstigung erhalten die Bremer Staatsarbeiter jedoch erstmalig erst 1908. Differenzzahlung zwischen Lohn und Krankengeld in Krankheitsfällen gibt es überhaupt nicht, ebensowenig Hinterbliebenenversorgung. Um eine Verrechnung zur Erhebung von Aufschuß zu erhalten, müssen die Arbeiter erst regelmäßig pro Woche 22 Pf. zahlen. Der Staat leistet also auch hier nichts, sondern überläßt es den Arbeitern, sich im Alter oder bei Invalidität gegenseitig Hilfe zu leisten. Von sozialer Fürsorge kann demnach in diesen Fällen nicht die Rede sein.

Die hier geschilderten Zustände haben nun veranlaßt, daß sich die Kollegen mit der Stellung von Lohnforderungen beschäftigten. In einer Anzahl Betrieben Besprechungen und in einer am 3. März d. J. im Hansa-Theater abgehaltenen von etwa 700 Personen besuchten allgemeinen Versammlung der Staatsarbeiter erörterten die Kollegen sowie der Verbandsvorstand Albin Rohs diese Fragen. Sie kamen zu dem einstimmig gefassten Resultat, dem Senat und der Bürgerschaft die in nachstehender Resolution enthaltenen Forderungen zu unterbreiten:

„Die Versammlung nimmt den Ausführungen des Referenten zu und beschließt, daß die Forderungen, neun Stunden tag, Wochenlöhne von 26, 28, 32 und 34 Mk., Alterszulagen nach dem Muster des Schlachthofes, Überstunden 70 Pf., Sonntagarbeit pro Tag acht Stunden 7 Mk. sowie die Bezählung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld, durch die Verbandsleitung und die Arbeiterausschüsse der Bürgerschaft in einer Eingabe überreicht werden sollen. Die Anwesenden verpflichten sich, für diese Forderungen zu wirken und für guten Nachdruck durch die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen.“

Dieser Beschluß wird eingehend begründet dem Senat und der Bürgerschaft ausgestellt. Bemerkte sei noch, daß hinter diesen Forderungen das Gros der Bremer Staatsarbeiter steht. Der Organisation gehören zurzeit rund 850 Kollegen an. Es steht deshalb zu erwarten, daß diesen Wünschen so vieler Staatsarbeiter Rechnung getragen wird. Den Kollegen erwächst aber die Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß hinter dem Arbeiterausschuß und der Organisationsleitung eine tapfere Schar Kollegen steht, die mit für die Verbesserung der Verhältnisse sorgen hilft, indem sie für die Ausbreitung und gute Vertretung unserer Ideen sorgt. A. M.

## Dienstankündigung für Königsberger Straßenreiniger.

Die Königsberger Straßenreiniger sind mit einer neuen Dienstankündigung beglückt worden. Einige Bestimmungen der alten Dienstordnung hat man darin ausgemerzt, die allerdings durch die Praxis längst überholt waren. Im allgemeinen hat man auch in dem neuen Produkt den Arbeitern Klar zu machen versucht, daß sie nicht höher als Rekruten in der Kaserne bewertet werden. Der Geist der Bevormundung ist auch in die neue Dienstordnung übertragen. Im § 2 wird den Arbeitern wieder die bekannte Tatsache gesagt, daß sie keine städtischen Beamten seien.

In der Dienstordnung von 1902 ist der Schichtlohn mit 3 Mk. bezeichnend, 6 Jahre später (1908) heißt es, daß er von 3 zu 8 Jahren um je 10 Pf. bis zu 3,50 Mk. steigen soll. Trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1902 sich gründlich geändert haben, hält Magistratus an dem Grundlohn von 3 Mk. fest. Auf Grund der Teuerung der letzten Jahre sind Arbeiter-, Bürgermeister-, Beamten- und auch Arbeiterlöhne gestiegen, soweit es nicht Königsberger ungelante Arbeiter sind. Bei diesen erkennt man aber eine Teuerung nicht an. Auch die Praktiken der privaten Scharfmacher macht die Stadtverwaltung mit. Gleich diesen kürzt sie die gegenwärtige ungünstige Konjunktur zu einer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach der neuen Dienstankündigung sollen die in die Woche fallenden Feiertage nur bezahlt werden, wenn an diesen Tagen gearbeitet wird. Eine Magistratsverfügung besagt, daß alle Wochenfeiertage bezahlt werden und wenn an diesen Tagen gearbeitet wird, doppelter Lohn erfolgt. Die Durchführung dieser Verfügung beim Meinungsamt haben sich die Arbeiter ver-

gangenen Sommer erlängte. Derselbe Stadtrat Meier, der die neue Dienstordnung verantwortlich zeichnete, hat vergangenen Sommer den Arbeitern persönlich das Versprechen gegeben, Wochenfeiertage doppelt zu bezahlen. Ferner sieht die neue Dienstordnung eine Verlängerung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde vor, die allerdings in der Praxis schon durchgeführt war.

Gerichtliche Vorladungen und Strafmandate hat der Reiniger unverzüglich durch den Aufseher dem Reinigungsamt zuzustellen. Ob dabei die Stadt die Absicht hat, die event. Strafmandate zu bezahlen, ist nicht gesagt; wir glauben es auch nicht. Jedenfalls hat die Stadt zu solchen Eingriffen kein Recht, wenn es sich um Privatangelegenheiten der Arbeiter handelt. Die Straßenreiniger haben der Stadt ihre Arbeitskraft, nicht aber ihre Person verkauft.

Folgendes Bausus hat man merkwürdigerweise von der alten auch in die neue Dienstordnung übernommen: „Den Straßenreinigern ist es streng verboten, den Aufsehern oder Überaufsehern Geld zu borgern, da eine derartige Handlung den Anschein eines Bestechungsversuches erwecken kann.“

Aus den §§ 5 und 6 weht uns so recht preussischer Kasernenduft entgegen. Bezüglich des Tragens der Dienstkleidung heißt es nämlich: „Die Mütze muß gerade auf dem Kopfe sitzen und der Kinnriemen vollständig zugeknöpft sein. Die Hosen sind in den Stiefeln zu tragen. Auf Befehl (?) der Aufseher oder bei plötzlichem Witterungswechsel wird Feldzeug angelegt. Wird der Arbeiter von einem Vorgesetzten angesprochen, so hat er, wie ein Rekrut, „Gulung“ anzunehmen. Nach den bisherigen Vorschriften wird sich niemand verwunden, daß in dieser Dienstordnung die Strafen einen wesentlichen Platz einnehmen. Wenn der Arbeiter zu spät zum Dienst kommt, kann er wieder nach Hause gehen und verliert seinen Lohn. § 8 Abs. 1 besagt: „Andere leichte Verstöße gegen die Dienstordnung oder sonstige Vorschriften werden mit einer Verwarnung bzw. Geldstrafe von 1—3 Mk. bestraft. Größere Verstöße werden mit Geldstrafe bis zu 5 Mk. bestraft.“ Im Gaswerk werden leichtere Verstöße mit 25 Pf. bestraft, aber beim Reinigungsamt, wo man freien Arbeitern Befehle erteilt, hagelt es Strafen bis zu 3 Mk. Auch ein Zeichen sozialer Einsicht der Stadtverwaltung, Arbeitern solche horrenden Strafen abzunehmen, die bei ihrem geringen Lohn so schon nicht wissen, wie sie mit ihren Familien durchkommen sollen.

Die Strafgeelder sollen in die allgemeine Straftaxe des Magistrats fließen, was dies für eine Klasse ist und was aus derselben geschieht wird, wissen die Arbeiter nicht!

Diese Dienstordnung ist typisch für eheliche Verhältnisse. Der Geist und die Maximen der preussischen Junker übertragen sich selbst auf größere Stadtverwaltungen. Vergebens sucht man in der Dienstordnung nach Rechten der Arbeiter. Nur Pflichten und wieder Pflichten gibt es für diese. Nach diesem Geist werden sie entlohnt und auch bestraft. Wie leicht ist ein kleiner Verstoß gegen irgend eine Vorschrift geschehen und wie leicht auch die Strafe bis zu 3 Mk. festgelegt. Ob dieserhalb die Arbeiter mit ihren Familienangehörigen hungern müssen, was kümmert es die Machthaber. Es handelt sich ja nur um Arbeiter.

Diese Vorschriften und der geringe Lohn machen die Situation erklärlich, die beim Reinigungsamt herrscht. Viele Arbeiter warten schon darauf bis die Sonne noch höher gestiegen ist, um diesem häßlichen Musterbetriebe Palet zu sagen. Allerdings ist dies ein falscher Standpunkt. Nicht Palet aus dem Betriebe, sondern Hand angelegt und die Verhältnisse gründlich geändert, muß die Parole der Reiniger sein. Eine einige Arbeiterschaft vermag auch hier kulturfördernd zu wirken. Fort mit der Feigheit und dem Schmarbottentum; hinein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Dann werden in Zukunft nicht nur Versprechen gegeben, sondern auch gehalten werden!

### Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Kontrollvorschriften der Landesversicherungsanstalt. Bekanntlich sind nach dem Invalidenversicherungsgesetz die Arbeitgeber verpflichtet, dem Kontrollbeamten der Landesversicherungsanstalt über die Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse der von ihnen beschäftigten Personen Auskunft zu erteilen und ihm auf Verlangen auch die Lohnbücher und die etwa in ihrer Verwahrung befindlichen Quittungsarten der Versicherten vorzulegen. Ebenso sind die Versicherten selbst zur Auskunft über Ort und Dauer ihrer Beschäftigung sowie zur Vorlegung und auf Verlangen auch zur Ausfertigung der in ihrer Verwahrung befindlichen Quittungsarten an den Kontrollbeamten verbunden. Jedoch wirksamere Überwachung der Beitragsentrichtung zur Invalidenversicherung in den ländlichen Bezirken und bei unständig beschäftigten Personen sind nach dem Beispiel anderer Versicherungsanstalten namentlich auch von der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte einige allgemeine Beachtung verdienende Bestimmungen erlassen, die als Kontrollvorschriften der Landesversicherungsanstalt mit dem 1. Februar d. J. in Kraft getreten sind und im Wortlaute durch das Amtsblatt veröffentlicht wurden. Danach müssen die Arbeit-

### Karl Marx und die Arbeiter. (Fortsetzung.)

(Zu Marx' fünfundsiebenzigstem Todestag, † 14. März 1883.)

Auch in der Fabrik hat jeder Arbeiter seinen Nachbar, die Fabrik sieht so aus wie eine Gemeinde von Menschen. Nur ist der Nachbar fremd: Der Kapitalist holt ihn, setzt ihn her und schickt ihn fort. Von allen Straßen zieht er die Arbeitsjuden heran — er fragt nicht nach Gemütsart und Herkunft, er fordert nur Hände. Und so ist es des Herrn Willen: „Du sollst Deinen Nächsten nicht kennen, sollst kein Wort mit ihm wechseln, geschweige denn mit allen Deinen Mitarbeitern! Denn wisset! Ich bin der Herr, mit jedem schlicke ich einen Vertrag und Ihr seid keine Gemeinde — bei Strafe der Straß!“

Nun kennt der Proletarier keine Gemeinde, keine Landesverwaltung mehr. Jeder einzelne bleibt einzeln und der Kapitalist ruft ihm zu: Ich bin Dein einziger Gott!

Mein einziger aus der ganzen Region der ökonomischen Forderungen hat diesen feindseligen Raub an den Proletariern, diese gänzliche Vernichtung jedes eigenen Lebensinhaltes der Proletarier zu beargüßelt und so dargestellt wie Karl Marx, der große Psychologe. Weit entfernt davon, nur den „materiellen“ Vorgang des Verfalls zu schildern, hat er die ganze Psychologie unserer Zeit, ihren ganzen Geist, Willens- und Gefühlswelt dargestellt und die Leute, die das Geringe oder Sittliche an Marx vermissen, wissen wirklich nicht, was sie reden. Es gibt kein ähnliches Meisterwerk der Psychologie und der Sittenforschung wie den dritten und vierten Abschnitt des ersten Bandes des „Kapital“.

In die steinernen Mauern der Klassenwelt fällt nun plötzlich ein Lichtstrahl, der die Blinden sehen, die Verzweifelten hoffen, die Zerkümmerten befehlen. Was wissen davon jene, die Bücher lesen und schreiben! Wir aber, die wir in nächster Zwiesprache oder in atemlos laufenden Versammlungen den an sich selbst und an der Welt Bergreifenden Marx als Lebensinhalt übermitteln haben, die wir die Schauer der Feindeslügen, die endlich die Seele, den Inhalt des Lebens, die Wiederbelebung mit der Welt empfangen, selbst erdauernd mitempfanden, wir wissen, was Marx dem Arbeiter ist.

Die Mächte des Proletariats sind nicht traumlos gewesen und schöne Träume von einem neuen Leben und irdischer Glückseligkeit haben die Arbeiter erfüllt, auch bevor sie zu marxistischen Sozialdemokraten geworden. Schöne Träume — Utopien! Wünsche ohne Tat.

In den Massen hat allzeit traumhaft ein anderes Geistesleben gewoben als in den herrschenden Klassen. Dieses Geistesleben ist für ältere Zeiten beinahe unerforscht und doch existieren dafür stoffliche Denkmäler. Die Geschichtsschreiber und Dichter haben die Namen Karls des Großen, Ottos des Großen, Friedrich Barbarossas in den herrschenden Massen lebendig erhalten — die Massen haben die Ueberlieferung von ihnen nicht benachlässigt: ihre Taten waren in der Seele des Volkes nicht vergessen. Aber im vierten Jahrhundert nach Christo lebte in Kleinasien ein ehrwürdiger Greis, der die Armen und Kinder besaß — er lebt heute noch in den Massen des Volkes fort und wird als „Nikolaus“ gefeiert! Die Ritterzeiten sind in den Massen erloschen, aber den dem Ritter, der seinen Armschmuck entwirft, selbst von dem Schuster, der Leder stahl, um den Armen Schuhe zu machen will die Erinnerung im Volke nicht schweigen. Die Könige sucht man durch Denkmäler in dem Gedächtnis des Volkes zu erhalten, kaum daß sie gestorben; aber mancher Anfänger von Räuberbanden, der die Großen gequält und den Armen Gutes getan, lebt durch Generationen in den Erzählungen des Volkes fort. Ich führe diese Beispiele zum Beweise, daß das Denken der Massen zu allen Zeiten anders war als jenes der Herrschenden, daß es allzeit erfüllt war von dem Ahnen einer anderen Weltordnung, von der Idee eines wahren Gemeinwesens der Menschen, ohne Herren und Knechte, ohne Ueberlästigte und Geknechtete. Und diese Idee war für die Massen durch alle Zeiten der Menschheit, mit dem sie geschichtliche Personen gemeinen. Und so verblaßt in ihren Augen der Ruhm Barbarossas vor jenem Nikolaus mit Recht.

Aber Ideen und Träume enden an sich nicht in Taten und so bleiben auch die herrlichen Schöpfungen der großen Utopisten ungenutzt. Aber sie befruchten die Wissenschaft, vor allem die politische Ökonomie. Fernab von den Massen, in einer anderen Welt gleichsam, in den Stuben der Gelehrten, baute sich die Gedankenschule des Sozialismus von Thomas Morus bis Robert Owen zu einer unübersehbaren und ungeordneten Masse — erben sie die Massen als Afirmament. Doch die Arbeiter der Zeit selbst aktiv etwas mit diesem Sozialismus zu tun hätten, der Gedanke lag den meisten Utopisten ganz fern. Noch ferner lag es ihnen, daß die gegenwärtige bestehende Wirtschaftsweise mit dem Sozialismus zusammenhänge. Vielmehr hielten sie diese für den absoluten, unvereinbaren Gegensatz des Sozialismus. Ihr Sozialismus war ein Welt von Engeln — der Proletarier war faktisch nicht einmal mehr Mensch; ihr Sozialismus sagte die Selbstlosigkeit der



geber in den Erbschaften des Landgebietes, in denen das Eingangsverfahren nicht besteht, künftig bei Luittungsartenrevisionen des Kontrollbeamten die Luittungsarten entweder persönlich bereithalten oder durch eine erwachsene, mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen ihrer Leute vertraute Person bereithalten lassen. Ebenso haben die Versicherten etwa in ihren Händen befindliche Karten so rechtzeitig dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten auszuhandigen, daß diese sie am Revisionsstage vorlegen können. Der Tag der Revision wird in der Regel schriftlich oder in ortsüblicher Weise durch Aushang oder Ausrufen usw. bekannt gegeben. Arbeitgeber, die an dem bekanntgegebenen Revisionsstage nicht am Orte ihres Betriebes (Montor, Werkstatt usw.) oder in Ermangelung eines solchen in ihrer Behausung angetroffen werden, auch nicht genügend vertreten sind, haben zu gewährleisten, daß sie demnächst behufs Vorlegung der Luittungsarten und Lohnbücher vor den Kontrollbeamten geladen werden. Dabei sollen ihnen unter Umständen noch die dem Kontrollbeamten erwachsenen Reise- und Zehrungskosten zur Last. Auch können sie mit Geldstrafe belegt werden. Ferner haben unständig beschäftigte Versicherte in Stadt und Land, also Gelegenheitsarbeiter jeder Art — am Hafen, Kohnkellner, Kohnknecht, Wäsch- und Reinmädchen, Schneiderinnen, Näherinnen, Morgenmädchen usw. —, aber auch versicherungspflichtige Privatlehrer und Lehrerinnen, deren Erwerbstätigkeit im Stundenlohn für wechselnde Auftragsgeber besteht, noch folgendes zu beachten: Wird bei ihnen am Revisionsstage keine Luittungsarte vorgefunden oder läßt die Markenverwendung in ihrer Karte zu wünschen übrig, so kann der Vorstand der Landesversicherungsanstalt solche Versicherte, sofern sie über ihre Arbeitsverhältnisse keine genügende Auskunft geben können oder wollen, unter Androhung von Geldstrafen anhalten, Aufzeichnungen zu machen. Aus den Aufzeichnungen, die dann bei künftigen Revisionen dem Kontrollbeamten stets mit der Luittungsarte zusammen vorzulegen und bis zum Schlusse des folgenden Jahres aufzuheben sind, muß hervorgehen, ob und bei wem die Betroffenen in jeder Woche beschäftigt waren. Wenn gleich es sich hierbei um Aufzeichnungen einfacher Art (in Notizbüchern oder auf Wandkalendern) handelt, so werden sie doch den in Betracht kommenden Versicherten oft lästig genug fallen. Es ist daher denjenigen, die sich bisher um ihre Versicherung noch wenig gekümmert haben, nur dringend anzuraten, daß sie zur Vermeidung von Unbequemlichkeiten und Strafen künftig mehr als bisher auf die ordnungsmäßige Durchführung ihrer Invalidenversicherung achten und nötigenfalls die Verwendung der für sie fallig werdenden Beitragsmarken selbst in die Hand zu nehmen.

Geschenken oder wennstens eines Millionärs voraus, der ihn auf seinen Gütern „einführt“ — die wirtlichen Herrschenden, die Kapitalisten, waren der menschenwürdige Eigennutz: Nein, nein — mit dieser Welt hatte der Sozialismus überhaupt nichts zu tun. Die Wollen am Himmel und die durcheinander — die Geisteskräfte des Sozialismus und das Proletariat da drüben hatten miteinander nichts gemein.

Als Fortschritt trat Karl Marx heran an die Erde der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung und an die Ideewelt des Sozialismus.

Anzeichen das, was ist, das Wirkliche erfassen, ist die erste Aufgabe des Fortschritts. Als das Wirkliche der Volkswirtschaft erschienen Marx' Vorgängern die Dinge, die „Güter“, das Kapital als Ding und als Gut. Marx sah zum erstenmal und sofort den Menschen in der Ökonomie; daß das „Ding“ Baumwollsaat das Verhältnis des Kapitalisten und seines Arbeiters, des Produzenten „Baumwollsaat“ und des Kaufmanns usw. einschließt und ausdrückt, daß der niedere Preis des Garnes zugleich das Elend der Spinner und den Profit der Kapitalisten bezeichnen kann, daß mit einem Worte das wirtschaftliche Ding in Wahrheit ein gesellschaftliches Verhältnis von Menschen ist, ist die erste Frucht des Marx'schen Denkens. Sie zu gewinnen, bedurfte es der schärfsten logischen Operationen und der ersten Abstraktionen — aber auch sie reichten dem bürgerlichen Ökonomen zum Beweise nicht hin.

Für den Arbeiter jedoch bedarf dieser Zug des Beweises nicht, er lebt ihn täglich. Der Händler stellt die warmen gewirten Hemden im Schaufenster aus und weiß von ihnen nichts, als daß sie Geld, Profit bringen sollen; der Kunde sieht sie, weiß, daß sie warmen und im übrigen Geld kosten. Die frierende Arme, die sie gekauft hat und nun selbst nicht laufen kann, weil der idmalle Lohn längst verzehrt ist, sieht diese Hemden mit anderen Gefühlen und Gedanken. Vor ihrer Seele steht der Wirtschaft, stehen die Arbeiter, steht der Kapitalist, der sie als geistiger Herr mit geringem Lohn fortgeschickt hat, und nun liegt vor ihr lebhaft das Produkt ihrer Arbeit, im Preise eines dritten, ausgegeben mit einer hohen Preisnotierung. Die ganze technische Geschichte, aber auch die Wert und Preisgeschichte des Dinges liegt sie ihm an, und wenn man ihr sagt, daß es einem gesellschaftlichen Verhältnis entspricht, in dem sie die Rolle der Arbeitskraft spielt, hat, wenn man ihr von Arbeit und Mehrwert, von Wert und Mehrwert, von Wert und Preis spricht, so sagt man ihr nichts Neues, man belebt sie in Wahrheit nicht, sondern man gibt ihren

## Notizen für Gasarbeiter.

**Berlin.** In der letzten Sitzung der Gasdeputation wurde, nachdem ein eingesetzter Ausschuss die Einführung des Neunstundentages für die Revierarbeiter, die Arbeiter des Abreissens und die Arbeiter der öffentlichen Beleuchtung abgelehnt hatte, mit 5 gegen 4 Stimmen folgender Beschluß gefaßt: „Die Gasdeputation erklärt sich mit der Einführung des neunstündigen Arbeitstages einverstanden unter der Voraussetzung, daß die übrigen städtischen Werke, die ähnliche Arbeiter beschäftigen, ebenfalls den Neunstundentag einführen.“ Die Minorität stimmte für glatte Ablehnung der von den Arbeitern gewünschten und von der Direktion vorgeschlagenen Verkürzung der Arbeitszeit. — Nun mag der Berliner Magistrat endlich aus seiner Reserve herausrücken und durch eine Allgemeine Arbeitsordnung die Arbeitszeit einheitlich regeln!

**Berlin.** Die letzten erhobenen Klagen des Stadtkammerers Dr. Steiniger, daß die städtischen Werke zu wenig Ueberdusch abwerfen, scheinen von dem Dirigenten der Gasanstalt Müllerstraße schon Jahr und Tag vorausgesehen zu sein. Er bemühte sich als pflichtgetreuer Beamter, den Ueberdusch durch weise Sparsamkeit zu vermehren. Hierzu hat er sich besonders den in Krankheitsfällen an die Arbeiter zu zahlenden Lohnzuschuß als geeignetes Objekt ausgesucht. An dem Zuschuß, der an die Gasarbeiter gezahlt wird, kann ja nicht gespart werden. Es ist das mindeste dessen, was gewährt werden muß. Doch das man den in Betriebe beschäftigten Arbeitern einen etwas höheren Zuschuß zahlen muß, scheint Herr Timme als ein Vergehen gegen das geachtete Sparsamkeitsprinzip zu gelten. Freilich besteht eine Krankheitsversicherung, wonach den erkrankten Arbeitern — so viel an Lohnzuschuß gezahlt werden soll, daß sie mit ihr. a. Krankengeld zusammen so viel erhalten, wie sie an Lohn bekommen, wenn sie gesund gewesen und gearbeitet hätten. Doch so wenig wie manche Verfügungen der Gasdirektion beachtet wird, so auch solche des Magistrats. So haben unsere Arbeiter, die im Betriebe beschäftigt waren, nur den Zuschuß bis zur Höhe des Platzlohns bezahlt erhalten. Bei etwaigen Beschwerden der Arbeiter beruft sich Herr Timme darauf, daß die Betriebsarbeiter alle vier Wochen gewechselt und als Gasarbeiter beschäftigt werden sollen. Der Dirigent kennt diese Verfügung aber nur, wenn er wie geschilbert auf Grund derselben den Krankengeldzuschuß kürzen kann. Sonst die Durchführung dieser Bestimmungen zu garantieren, fällt dem Herrn Dirigenten gar nicht ein. Mitin hat er kein Recht, sich da, wo es ihm paßt, durch solche Hintertüren der vollen Vergütung des Zuschusses zu entziehen. Die Kollegen haben diese Beschwerden

namentlos persönlichen Erfahrungen nur den Namen, zu ihren eigenen Erkenntnissen den logischen Begriff, man spricht nur das Wesen ihres eigenen Lebens aus.

„Ja, das ist unser Leben!“ Dieses Wiedererkennen ihrer selbst im Denken von Karl Marx fällt jedem auf, der vor Arbeitern Marx'sche Lehre vorträgt. Es wäre sehr interessant und lohnend, an den Hauptlehren und an einzelnen der allerfeinsten Ergebnisse Marx'schen Denkens anzuhängen, wie sich in ihnen das Massenleben, das physische und geistige, der Zeit ausdrückt, aber es würde uns von unserer heutigen Aufgabe zu weit führen.

„Ja, das ist unser Leben!“ Das ist der „böllige Verlust des Menschen“ in uns! Ja, wir sind die Masse, welche die Auflösung aller bisherigen Klassen und Stände bedeutet! Und also beareifen wir wohl, daß alle bisherigen Vorstellungen von Welt und Menschheit für uns sinnlos sind! Sinnlos auch unser ganzes Leben für uns selbst!

Doch halt! Sinnlos — ja, für jeden einzelnen für sich. Aber hier steht die Mächtigkeits Marx'schen Denkens ein Dikt. Nicht mehr absolut sinnlos schon heute, schon in dieser Wirtschaftsordnung, auf der verdorren, dürstenden Erde des Kapitalismus.

Seht Ihr denn nicht — Eure individuelle Arbeit ist nichts als eine Reihe verhandelter grotesker Lebensbewegungen, in der Werkstatt seid Ihr nichts als zufällig nebeneinander gestellte Arme und von Nichts wegen keine Gemeinde. Aber dennoch seid Ihr alle insgesamt ein riesiger, tausendarmiger Gesamtarbeiter, eine wahre Arbeitsgemeinde! Und aus deren Hand entspringt doch schließlich das Arbeitsprodukt, der Wert! Mag das Gesetz heute noch diesem Gesamtarbeiter das Gemeinderecht verweigern, nichtsdestoweniger ist er da und wirkt — er ist, ist wirklich! Die Produktion ist aus einer individuellen eine gesellschaftliche, eine soziale, eine sozialistische geworden! Der Sozialismus ist mitten im Kapitalismus geboren, geboren in Euch und durch Euch.

Ja, man hat die Individualität in Euch ausgelöscht, jeden individuellen Lebenswert Eurem Tausch genommen — aber deshalb: Kapitalismus hat in Euch die Sozialität begründet, die bisher ein Traum der Gelehrten und Menschenfreunde gewesen, begründet auf dem Gebiete der Produktion. Man muß, um Euch individuell auszubilden, Euch sozial organisierten wider Willen, man hat Eure Pflichten, Eure Ortsgemeinde zerstört, um Euch von allen Bedingungen zu befreier Anbeutung zu befreien, aber man hat Euch dafür in die Arbeitsfamilie, in die Arbeitsgemeinde hinein gestellt.

(Schluß folgt.)



dem Arbeiterausschuß übermittelt. Hierfür wurden sie mit einem Verweise bestraft! Auch dem Kollegen des Arbeiterausschusses, der die Klagen vorbrachte, wollte man, weil er angeblich den Herrn Dirigenten belogen haben sollte, bestrafen. Ehe der Kollege die Beschwerden vorbrachte, sollte er in den Büchern der Verwaltung die Angaben der Kollegen auf ihre Richtigkeit prüfen. Wir befürchten, daß man den Kollegen dann erst recht vielleicht wegen Ungebühr bestraft oder abgewiesen hätte. Jedenfalls ist der Herr Dirigent Timme eifrig bemüht, unter allen Umständen die Kollegen nicht zu belästigen. Den Kollegen möchten wir aber dringend empfehlen, ihre Arbeiterrechte etwas energischer als bisher zu wahren. Wir glauben annehmen zu können, daß die Direktion der Gaswerke auf Beschwerden der betreffenden Kollegen entsprechend den Magistratsbeschlüssen bei Auszahlung des Lohnzuschusses verfahren wird.

Die Berliner städtischen Gaswerke haben im abgelaufenen Etatsjahre eine große Zunahme an Monumentenzahl wie an Gasverbrauch zu verzeichnen. Die Zahl der Monumenten, die das Gas durch die gewöhnlichen Gasmesser bezogen, ist um 17 989, die der Monumenten, die Automaten-Gasmesser benutzen, um 50 15, der Gasverbrauch selbst aber um 16 Millionen Kubikmeter gestiegen. Der Gesamtgasverbrauch hat 231 Millionen Kubikmeter betragen. Zu dieser Menge Gas waren 731 000 Tonnen Kohlen notwendig. Der größte Gasverbrauch an einem Tage fand am 18. Dezember statt und betrug 1 108 500 Kubikmeter. Die öffentliche Beleuchtung erforderte auf den Kopf der Bevölkerung 6,7 Kubikmeter Gas. Die Nachfrage nach Holz war so rege, daß nicht nur die gesamte Holzproduktion des laufenden Jahres, sondern auch noch 33 000 Tonnen aus dem vorjährigen Bestande abgesetzt wurden. Die Kohlenbeschaffung war schwieriger als im Vorjahre, denn der Bedarf der Industrie an Feuerungsmaterial war so umfangreich, daß der sonst nur im Herbst eintretende Mangel an Eisenbahnwagen das ganze Jahr über anhielt. Eine Kohlengrube in England mußte ihre Lieferungen an die Berliner Gaswerke wegen eines Streikbrandes ganz einstellen. Der in Charlottenburg zwischen der Augustburger, Luther-, Geisberg- und Mohrstraße gelegene Teil des für die städtischen Gaswerke noch nicht verwendeten Grundstückes wurde für 283 000 Mark verkauft. Der Gesamtwert der Gaswerke hatte zu Beginn des Etatsjahres 117 711 000 Mark betragen. Der Reingewinn der Gaswerke belief sich auf 7 650 000 Mark. Die Zahl der am Schluß des Jahres vorhandenen Gasglühbirnen der öffentlichen Straßenbeleuchtung betrug 32 000 Stück; die Zahl der öffentlichen Petroleumlampen nahm um 78 ab. Die Erleuchtung der Straßen durch elektrisches Licht wurde wiederum ausgedehnt; es wurden 41 Wogenlampen neu angebracht.

### Aus den Stadtparlamenten.

**Berlin.** In der letzten Sitzung der Deputation für die städtische Straßenreinigung wurde u. a. der beantragte Erweiterung des Arbeitsplans zugestimmt. Wegen Verletzung einer Freiheitsstrafe, Delikt: Verleumdung eines Aktors, soll dem Arbeiter ein Nachteil nicht erwachsen. — Um von den Arbeitern einen sachgemäßen Beistand bei Unfällen auf der Straße erwarten zu können, wozu die Arbeiter angehalten werden, sollen sie Unterweisung im Samariterdienst erhalten. — Eine neue Verteilung der Arbeiter auf die Abteilungen soll unter Würdigung gleichmäßiger Verteilung der zu reinigenden Grundfläche geschehen. — Die vom Arbeiterausschuß beantragte anderweitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird abgelehnt. Die vom Arbeiterausschuß ausgearbeitete Vorlage nebst den geltenden Bestimmungen, auch denen in anderen Verwaltungen der Stadt, soll zusammengefaßt, vervielfältigt und allen Mitgliedern der Deputation zunächst behändigt werden. — Auf Anfrage erklärt die Direktion, daß der Familie des im Dienste in voriger Woche durch ein Auto getöteten Arbeiters annehmen zu wollen, wie das auch bisher geschehen sei.

**Bonn.** In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten wurde für die städtischen Lehrer, Beamten und Arbeiter mit einem Jahresverdienst bis zu 2400 Mk. eine Feuerungszulage beschlossen. Die Feuerungszulage soll in Abteilungen (unter Berücksichtigung der Kinderzahl und Dienstzeit) bis zu 4 Proz. des Jahresverdienstes betragen.

**Charlottenburg.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung brachte Stadtv. P. Fischer (Zog.) u. a. in der Stadtdebatte die sozialen Aufgaben der Stadt zur Sprache. Dabei wies er darauf hin, daß der Stadt Charlottenburg als sozial fortschrittliche Stadt besonders im Schwünge ist. Die Mubergaltsordnung für städtische Arbeiter bedarf einer ungezügelter Gestaltung. Die in den Etat neu eingestellte Million Mark für Erhöhung der Beamtenlöhne und Arbeiterlöhne sollte besonders für die geringsten Einkommen verwandt werden. Auf die Eingabe der Gemeindearbeiter bezüglich Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung ist seit Jahr und Tag keine Antwort erfolgt. — Hierzu bemerkt Bürgermeister Matting, daß man weder eine abschließende noch bejahende Antwort geben konnte, da eine sorgfältige Prüfung notwendig sei und ferner „die Wünsche so verschiedenartig seien, daß sie nicht alle auf einmal erledigt werden

könnten“. B. V. werde bezüglich der Arbeitszeit in einem Stadtverordneten-Ausschuß beraten, der Magistrat sei also nicht in der Lage, schon jetzt Auskunft zu geben. Wenn aber in der Petition hinsichtlich des Arbeitslohnes gefordert werde: „Eine spezialisierte Lohnskala der einzelnen Betriebe muß alljährlich von den betreffenden Betriebsdirektionen mit dem Arbeiterausschuß und auf Wunsch der Arbeiter unter Heranziehung eines Organisationsvertreters festgesetzt werden“, so widerspreche ein derartiges Verlangen durchaus den Gepflogenheiten und Bestimmungen, die in unserer Verwaltung bestehen. (Schluss genügt.) D. M.) Materiell sei auf die Wünsche der Arbeiter zum Teil schon eingegangen, das Weitere sei in Bearbeitung. Bezüglich des Mubergalts sagte Herr Matting: „In den Bestimmungen, die jetzt einem Ausschuß des Magistrats vorliegen, ist unter anderem vorgesehen eine Herabsetzung des Ruhegehaltsfähigen Lebensalters von 25 auf 18 Jahre, eine Doppelberechnung der Arbeitszeit, eine Zuzahlung mit Erreichen des Lebensalters ohne Berücksichtigung des Nachweises der Dienstfähigkeit, eine anderweitige Verrechnung der Unterbrechungszeiten — das ist außerordentlich wichtig —, eine Beschränkung der Berechnung der Invaliden- und Unfallrenten, die Gewährung eines Gnadenquartals bei Todesfällen, die Erhöhung des Ruhegehalts von 250 auf 300 Mk. — was auch in den Berliner Bestimmungen nicht enthalten ist. Sodann ist die Frage des Rechtsanspruchs sehr eingehend erörtert worden und hat zur Ausarbeitung von zwei neuen Entwürfen Veranlassung gegeben sowie schließlich zu dem Auftrage an das Statistische Amt, eine eingehende Untersuchung der Sterblichkeitsverhältnisse anzustellen, um Versicherungsstatistische Unterlagen zu schaffen, um den Magistrat bzw. die Stadtverordnetenversammlung in die Lage zu setzen, zu prüfen, ob das Risiko des Rechtsanspruchs übernommen werden kann. Die Angelegenheit wird voraussichtlich im Laufe des Monats März im Magistrat ihre Erledigung finden. Sollte der Magistrat zur Anerkennung des Rechtsanspruchs kommen, so wird allerdings weiter zu prüfen sein, ob und welche Maßnahmen zu schaffen sind, um zu verhindern, daß im Laufe der Jahre durch das Anschwellen der Leistungen hieraus der Etat in Unordnung geraten kann, d. h. mit anderen Worten, ob nicht Fonds werden geschaffen werden müssen, die nach dem Maßstabe einer Versicherung fortlaufend dotiert werden.“ — Möge diesen für unsere Charlottenburger Kollegen immerhin verheißungsvollen Worten bald die Tat folgen!

**Chemnitz.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung berichtet Herr Pöner zur Ratsvorlage, betreffend die Lohnstatistik der städtischen Arbeiter, und bemerkt, daß Ende 1906 eine auf Lohnerhöhung abzielende Eingabe der städtischen Arbeiter erfolgt sei, als deren nächste Folge die Aufnahme einer Lohnstatistik geschah. Herr Oberbürgermeister Dr. Sturm bemerkt, daß er persönlich der Einsetzung eines besonderen Ausschusses sympathisch gegenüberstehe und daß der von einer Seite erhobene Vorwurf des zu langen Ausbleibens einer solchen Statistik durch diese äußerst fleißige und gründliche Arbeit gegenstandslos werde. Der Verfassungsausschuß empfiehlt dem Kollegium, von der Lohnstatistik der städtischen Arbeiter Kenntnis zu nehmen und zu bekräftigen, daß ein gemäßigter zehnjähriger Ausschuss zur Vorbereitung einer grundsätzlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter eingesetzt wird, und ferner den Rat zu ersuchen, dem Beschlusse beizutreten. Diesem Votum wird einstimmig zugestimmt. — Bei gebeten auf diese Statistik sowie auf die erhobenen Forderungen zurückzukommen.

**Duisburg.** In geheimer Sitzung, von der wir letzten Berichteten, beschloß der Stadtrat, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung für städtische Angestellte und Arbeiter einzuführen. Ferner beschloß das Kollegium den Erlass eines gemeinschaftlichen Erstatuts über die Krankenversicherung der Arbeiter.

**Köln.** Nach einem Beschluß der Verfassungskommission wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, in die städtische sozialpolitische Deputation auch je einen Vertreter der christlichen und freien Gewerkschaften sowie der Handwerkerkreise zu wählen.

**Schwabach.** Den städtischen Arbeitern sind auf ihre Eingabe an den Magistrat Lohnzulagen, Zuschlag bei Überstunden und Sonntagsarbeit sowie Urlaubsgewährung von 3 6 Tagen ab 1. April bewilligt worden. Auch wurde ihnen die Bildung eines Arbeiterausschusses zugestanden.

### Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Die Alltägliche Groß-Berlin hielt am 5. März eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Gewerkschaftssekretär Genosse Müntner referierte über: „Der Entwurf des Vereinsgesetzes“. Seine vorzüglichen Ausführungen legten die in dem Gesetzentwurf, besonders im § 7 enthaltenen Schwächen für die deutsche Arbeiterkassette klar. Mit dem Mahnwort, durch eine allzeit betriebene Aufklärung die Macht der modernen Arbeiterbewegung zu stärken, um sich reaktionären Gesetzentwürfen den Weg in den Erlass bereiten zu können, schloß der Referent seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. — Kollege Pöner teils Berichtete über die auf Grund der erlassenen Anzei-

eingelaufenen Bewerbungsschreiben für den Posten eines Bureau-Beamten. Von den der Generalversammlung vorgeschlagenen Kandidaten erhielt Koll. E. Scharlau, Revierinspektion, 121, und W. Jabel, Gaswerk Charlottenburg, 22 Stimmen. Der letztere ist mithin gewählt. Ein eingelaufener Antrag, den Koll. E. Scharlau Revierinspektion, wegen angeblicher Denunziation aus dem Verbands auszuschließen, wurde nach den angestellten Ermittlungen als nicht begründet abgelehnt. — Die seit Jahresfrist mit den Markthallenarbeitern angebahnten Einigungsverhandlungen hatten im Gefolge, daß am 16. Februar in einer Generalversammlung der „Freien Vereinigung der Markthallenarbeiter“ unser Bevollmächtigter, Koll. Wukly, über: „Der Wert der Zentralorganisation“ referierte. Die Folge war ein Beschluß der Versammelten, wonach der Vorstand der „Freien Vereinigung“ beauftragt wurde, über eventuelle Uebereinstimmungen mit unserer Ortsverwaltung zu verhandeln. Doch bis jetzt ist der Vorstand der Markthallenarbeiter diesem Beschluß noch nicht nachgekommen. Erfolgrlos sind bisher die Verhandlungen der Vade-anstaltsangestellten und der Vadeanstaltsbesitzer über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages geblieben. Die Hauptschwierigkeit machen die Anstaltsbesitzer gegenüber der Forderung auf Durchführung eines festen Lohnes. Dieselben wollen das Entzählen der Bezahlung durch Trinkgelder aufrechterhalten. — Bekanntgegeben wurde, daß das Ortsbureau am 19. und 20. März wegen des Unwettes geschlossen bleibt. Eröffnet wird dasselbe am 21. März im Gewerkschaftshause, Engellufer 14, vorn IV.

**Berlin.** Die Straßenzimmerer waren am 2. März zahlreich im „Königshausischen Kasino“ versammelt. Die Versammlung bezweckte, gegen die in letzter Zeit vorgelommenen Entlassungen kranker Arbeiter Protest zu erheben. Der Kollege P. Schulz als Referent kennzeichnete die soziale Fürsorge für die Arbeiter der Straßenzimmerer in Theorie und Praxis. In tausend schönen Worten priesen die bürgerlichen Zeitungen die wunderbaren sozialpolitischen Maßnahmen für die städtischen Arbeiter. Besonders redet man von dem gesicherten Arbeitsverhältnis derselben. Gerade das Gegenteil ist zu konstatieren. Sparen ist die Parole! Doch so offensichtlich wie die Verwaltung der städtischen Straßenzimmerer geht man in keinem anderen Betriebe vor. Ganz rücksichtslos ist man bemüht, dem Prinzip der billigen Verwaltung zuzuhilfen, in einer aller Menschlichkeit höhnischenden Weise den kranken Arbeiter auf Straßenzimmerer zu setzen. So hat man einem Arbeiter A. in seiner Wohnung am Weihnachtsabend (Vater von 6 Kindern im Alter von 2 bis 11 Jahren) durch einen Oberaufseher die Entlassung angekündigt. Diesem, wie einem anderen Arbeiter, von dem man befürchtete, daß er krank werden könnte, versuchte man die Entlassung sogar als im Interesse der Arbeiter liegend zu begründen. Man erklärte den Arbeitern, daß bei einer Wieder Einstellung sie die Arbeit nicht aushalten und bald wieder krank werden können. So wäre es im Interesse ihrer wiederhergestellten Gesundheit besser, sie würden nicht wieder als Straßenzimmerer beschäftigt werden. Diese „wohlwollende Fürsorge“ muß jeden Eingeweihten doch wundern. Daß das einfache Protokoll und Not für den Arbeiter und seine Familie bedeutet — darum macht man sich offenbar weiter keine Skrupel. Gewiß: die allen Unbilden der Witterung ausgesetzten Arbeiter haben im letzten Jahre eine Straßenzimmerer von 60 Proz. zu verzeichnen gehabt, welche als besonders ungünstig bezeichnet werden muß, zumal nur ärztlich als gesund befundene Arbeiter eingestellt werden. Die Organisation muß hier energisch einsetzen, damit der Ansauferei am falschen Ende ein Ende gemacht wird und endlich eine soziale Fürsorge Platz greift. Die Stärkung der Gewerkschaft ist dazu allererste Notwendigkeit! Mögen die Arbeiter der Straßenzimmerer das in ihrer Gesamtheit beherzigen. — Die Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten ihre schärfste Mißbilligung über die durch nichts zu rechtfertigenden Entlassungen aus. Nachstehende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 9. März im „Königshausischen Kasino“ zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen Straßenzimmerer haben mit Entzählung davon Kenntnis genommen, daß man Arbeiter, die schon sechs und mehr Jahre im Betriebe beschäftigt waren, bei eintretender Krankheit entlassen hat. Diese Maßnahme muß um so mehr befremden, als nur gesunde Arbeiter nach vorausgegangener ärztlicher Untersuchung angestellt werden. Daß die Arbeit des Betriebes eine so gesundheitsgefährliche und ungesunde ist, kann und darf nicht an den Arbeitern geknüpft werden. Vielmehr hat die Verwaltung die unabweisbare Pflicht, den schon oft vorgetragenen Wünschen der Arbeiter entsprechend für Abänderung der Arbeitsverhältnisse baldmöglichst zu sorgen. Dieser Verpflichtung darf sie sich nicht dadurch entziehen, daß sie die im Betriebe erkrankten Arbeiter entläßt. Vielmehr müssen dieselben, wie in den anderen städtischen Betrieben, nach ihrer Genesung wieder eingestellt werden. Dies Verlangen gründet sich in berechtigter Weise auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats betr. die soziale Fürsorge für die städtischen Arbeiter. Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung, vordringendes dem Magistrat und der Deputation der städtischen Straßenzimmerer zu übermitteln. In der Erkenntnis aber, daß nur durch eine mächtige Organisation die Durchsetzung der wenigen Rechte, die den städtischen Arbeitern

zustehen, garantiert wird, verpflichten sich die Anwesenden, dem Verbands der Gemeindegewerkschaft beizutreten, um unermüdet für den weiteren Ausbau desselben tätig zu sein.“

**Hannover.** In der Mitgliederversammlung vom 27. Februar hielt der Gewerkschaftssekretär Schmidt einen Vortrag über: „Die Kommunalpolitik der Stadt Hannover“. Der Redner betonte in seinem Vortrage, daß es auch in diesem Jahre scheine, als sollten die städtischen Arbeiter wieder leer ausgehen, denn in dem diesjährigen Haushaltsrat seien die städtischen Arbeiter nicht benannt. Der Redner betonte ferner, daß auf der anderen Seite viele Ausgaben vorhanden sind, die unbedingt von Seiten der Arbeiter kritisiert werden müßten, da es bei jedem Antrag auf Lohnhöhung immer heißt: „Es ist kein Geld vorhanden!“ Dem Redner wurde zugestimmt.

**Heilbronn.** Am 8. März lagte unsere Mitgliederversammlung im Lokal „Zur Rose“. Kollege Klappholz gab zunächst den Kartellbericht, aus welchem hervorzuhelien ist, daß die von unserer Seite gestellten Anträge bezüglich Aufhebung der Auskunftsstelle und dafür Errichtung eines Arbeitersekretariats zugestimmt wurde. Eine größere Debatte entspann sich über die Stellenannahme zur Erstrantenklassenwahl. Es wurden die Kollegen Klappholz, Ziegler, Wolf und Hoppenhöfer vom Kartell als Vertreter hierzu gewählt. Die Wahlhandlung geschieht im Verhältniswahlrecht, worauf die Kollegen ein besonderes Augenmerk zu legen haben, um den Zettel der Vereinigten Gewerkschaften glatt durchzubringen, da unsere Gegner gleichfalls eifrig an der Arbeit sind. Bezüglich der Beteiligung an der Waise wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, umgehend eine Eingabe an den Gemeinderat zu richten um Genehmigung eines freien Nachmittags für die abkömmlichen Kollegen. Einstimmig wurde zum Beschluß erhoben, zahlreich sich an dem Festzuge zu beteiligen. Beim letzten Punkt wurde auf die Presse, und zwar auf das „Nedar-Echo“ hingewiesen, das ein jeder Kollege abonnieren sollte.

**Magdeburg.** Am Dienstag, den 10. März, fand bei Winter, Rogauer Straße 80, eine Betriebsversammlung der Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes statt. Die abgelebte Forderung seitens der Direktion, den Arbeitern eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde zu bewilligen, wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Arbeiter des Werks hofften um so eher auf die Erfüllung ihrer Wünsche, da sie bei der generellen Lohnzulage für alle städtischen Arbeiter im vorigen Jahre übergegangen sind. Die auf dem Werk gezahlten Löhne entsprechen bei weitem nicht den heutigen Feuerungsverhältnissen. Löhne von 31 Pf. pro Stunde sind noch zu verzeichnen. Der Höchstlohn für Maschinisten beträgt 42, für Hülfsmaschinisten 38, ein Oberkrieger hat den horrenden Stundenlohn von 50 Pf. pro Stunde nach zwölfjähriger Dienstzeit erreicht, für Heizer 40, Schaltbrettwärter 48, Kohlenfarrer 38, Kesselreiniger 36, Sandwetter 48, Zählermonteure 46 und Uhrenwärter 46 Pf. pro Stunde. Die Bewilligungen der Zulagen sind ganz willkürlich. So kommt es öfter vor, daß dienstjüngere Kollegen bedeutend höher im Lohn stehen als andere, die schon jahrelang auf dem Werk tätig sind. Die Einführung fester Steigerungssätze ist jedenfalls unbedingt notwendig. Die Besoldung der Kohlenfarrer muß als eine ganz miserable bezeichnet werden. 38 Pf. pro Stunde erhalten diese Arbeiter für ihre anstrengende und aufreibende Tätigkeit. Der Arbeiterspruch soll aus neue beauftragt werden, sich mit der Direktion in Verbindung zu setzen, damit mindestens diesen Arbeitern ein ihrer Arbeitsleistung entsprechender Lohnsatz gezahlt wird. Eine Aussprache über die Betriebsverhältnisse zeitigte einen ganzen Mattenstrom von Mißständen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nochmals auf die auf dem Werk bestehende Vadeeinrichtung, von den Arbeitern „Schlammkassim“ genannt, hinweisen. Diese und das dazu erforderliche warme Wasser sind völlig unzulänglich. Hier wäre dem Betriebsingenieur Schin. Gelegenheit gegeben, seinem Reformier den weitesten Spielraum zu lassen. Für die sonstigen Reformen, die auf seine Veranlassung eingeführt sind, bedanken sich die Arbeiter bestens. Im großen ganzen haben die Arbeiter oft Gelegenheit, über seine „Arbeiterfürsorge“ Klage zu führen. Allgemeine Beiterkeit erregte es, daß jetzt die Arbeiter sich bedeutend besser stellen sollten wie früher, wo das Werk noch in Privatbesitz war. Wenn diese Verbesserung bestehen soll, ist den Arbeitern nicht recht klar. Soll sie darin bestehen, daß der versprochene Lohnsatz nicht eingehalten wurde, oder daß die Monats- und Wochenlöhne in Stundenlöhne umgewandelt sind, oder daß für einen Teil der Arbeiter die Arbeitszeit um 1½ Stunden verlängert ist? Jedenfalls ist man auf die Antwort sehr gespannt. Alsdann wurde die wenn auch nicht direkte, so doch indirekte Fragestellung des Kollegen Kuller eingehend erörtert, die klipp und klar zeigte, daß noch manches faul im Staate Danemark ist. Die Versammlung wurde mit dem Wunsche geschlossen, die Direktion möge in Zukunft etwas mehr Entgegenkommen in Arbeiterfragen zeigen.

— Die Arbeiter des Schlachthofes und Viehhofes klagen schon seit Jahren über den Mangel von verschließbaren Schränken. Diebstähle von Kleidungsstücken sind daher nicht selten. Vor kurzer Zeit wurden wieder zwei Paar Stiefel gestohlen. Schon 1906 wurden den Arbeitern verschließbare Spinden zugest. Neuerdings hat eine Wiederholung des alten Liedes stattgefunden. Da-



bei wird es auch wohl bleiben. Hochgelegenheit ist ebenfalls schon lange zugesichert. Ferner wird darüber geklagt, daß ein Raum fehlt, wo die Angestellten ihre schmutzigen Dienstkleider wechseln können. Besonders wird dieser Mangel in der Mittagspause empfunden, wenn die Frauen das Mittagessen bringen. Dann müssen die Arbeiter in die Spindeln flüchten und sich dort ihrer Kleider entledigen. Die Unterkunftsräume sind durchweg mangelhaft. Auf dem Kirchhof steht selbst ein Fenster. Statt dieser seit Jahren bekannten Mängelstände abzuheben, verschließt man einfach die Mannschafsstube und hinterlegt den Schlüssel beim Torwächter. Daß dies zu Unzuträglichkeiten führen muß, war vorauszusehen. Die Stadtvv. Ungnade und Nobelt (natürlich auch Nobelt als unentwegter Arbeitervertreter) haben im November v. J. sich diese Zustände angesehen. Nobelt war damals in der Lage, dem Direktor bestätigen zu können, daß alles in bester Ordnung sei. Trotzdem behält der unheilvolle Zustand schon seit Jahren. Eine dringende Abhilfe ist jedenfalls vorzuziehen.

**München.** Am Sonntag, den 8. März, fand vormittags im dichtbesetzten Parterre des „Kolonnen“ eine große Versammlung aller städtischen Bediensteten und Arbeiter statt, in der Landtagsabgeordneter A. Hofbauer und Gauleiter Sebold über: „Die heutige wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter und deren dringende Forderungen an die Stadtverwaltung“ referierten. Hofbauer begründete die selbst von der bayerischen Regierung anerkannte Tatsache, daß die im letzten Jahrzehnt erfolgte Lohn- und Preissteigerung durch die im gleichen Zeitraum erfolgte Preissteigerung der Nahrungs- und sonstigen Bedarfsmittel unwirksam gemacht wurde. Wenn aber die Arbeiter mit Forderungen kommen, geht bei Staat und Stadt in der Regel das Geld aus; man verweist auf den Mittelstand, der sich auch in schlechter Lage befindet, obwohl gerade eine Verbesserung der Lebenshaltung des Arbeiters den Gewerbeständen und dem Hausbesitz wieder zugute komme. Im klaren Darlegung legt der Referent dann die egoistischen Gründe dar, die das Unternehmertum anführt, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit, zu bekämpfen. Mit besonderem Nachdruck unterstützte Hofbauer die Forderung eines Jahresurlaubes, der gegenüber Staat und Gemeinde noch rückständig sind. Um die erhobenen Forderungen aber zu realisieren, sei es notwendig, daß sie durch eine einheitliche und starke Organisation unterstützt und vertreten werden. Zum allermindesten sollen die Arbeiter, auch wenn sie verschiedenen Gewerkschaften angehören, bei Lohnforderungen einheitlich vorgehen. Nach dem mit kühnem Verfall aufgenommenen Referat Hofbauers ergriß Gauleiter Sebold das Wort, um, gestützt auf seine den städtischen Kollegen zugeleitete Denkschrift, die von den städtischen Bediensteten und Arbeitern erhobenen dringenden Forderungen zu begründen. Die Forderung, die Löhne um 40 Pf. zu erhöhen, wurde der Stadt 437 000 Mk. kosten, das könne die Stadt wohl leisten. Diese Lohnsteigerung soll am 1. Mai eintreten. Mit der Erreichung des Hochlohnes marschiere München nahezu an letzter Stelle. Während München nur 1700 händige Arbeiter habe, hat das kleine Nürnberg 225. Die frühere Dienstzeit muß bei der Lohnberechnung angerechnet werden. Bei verschiedenen Kategorien werden aber die Arbeiter systematisch davon abgehalten, die Ständigkeit zu erlangen. Durch die neue Arbeitsordnung sei in Wirklichkeit keine Arbeitszeitverkürzung geschaffen worden. § 9 der Arbeitsordnung gefährde in seiner jetzigen Fassung das Koalitionsrecht und müsse geändert werden. Die Entlassung soll nicht den Abteilungsleitern anheimgegeben werden; der jüngste Fall bei der Straßenbahn zeige, daß die Arbeiter gegen Denunziation besser geschützt werden müssen. Sebold bespricht dann noch weitere Punkte der Denkschrift und fordert zum Schluß alle städtischen Bediensteten und Arbeiter auf, sich dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen. Auch die Ausführungen dieses Redners wurden mit lebhaftem Verfall aufgenommen. In der sehr lebhaften Diskussion wurde auf die vier Millionen Mark Ueberweisung hingewiesen, die die städtischen Betriebe abwerfen; die städtischen Arbeiter ermöglichen diese Ueberweisung, man könne daher auch nicht ihre minimalen Forderungen ablehnen. Weisworte wurde erhoben, daß am Sonntag — wahrheitsgemäß mit Rücksicht auf die geistige Versammlung — in der Gesamtzahl die Arbeitsordnung dahin „erweitert“ wurde, daß durch Anschlag jede Agitation und jedes Anschlag von Versammlungsplakaten innerhalb des Betriebes verboten wurde. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute versammelten 100 städtischen Arbeiter erklären hiermit ihr Einverständnis mit den beiden Referenten. Auch sie finden, daß die zuletzt genannten Löhne angesichts der sich im letzten Jahre geltendmachenden Preissteigerungen zur Lebenshaltung nicht vollkommen ungenügend sind, so daß eine durchgreifende Lohnsteigerung unabwendbar geworden ist. Die seit 1. Januar 1907 gültige Arbeitsordnung bedarf dringend einer nochmaligen Revision, da verschiedene Paragraphen sich als abänderungsbedürftig erwiesen haben, insbesondere bedarf die Arbeitszeit einer entsprechenden Verkürzung. Die Versammelten machen sich die in der vorliegenden Denkschrift enthaltenen Wünsche und Anregungen zu eigen und beauftragen hiermit die Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe, diese Denkschrift als Antrag der städtischen Arbeiter zu behandeln und mit dem Ersuchen an den Magistrat zu leiten, es möchte ohne weiteres

in die Behandlung dieser Denkschrift eingetreten werden. Es tragen von der Ueberzeugung, daß die Zusammenfassung aller städtischen Arbeiter in eine große und einheitliche Organisation zwecks Durchführung der notwendigen Verbesserungen nur im Interesse aller städtischen Arbeiter selbst gelegen ist, fordern die Versammelten alle noch der Organisation Fernstehenden auf, sich unverzüglich dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen und so in treuer Kampfbrüderschaft in kürzester Zeit die Verwirklichung der in vorliegender Denkschrift enthaltenen Wünsche herbeizuführen.“

## Rundschau.

**Märzgedanken und Erinnerungen. Draußen** stürmt und schneit es. Nur mühsam ringt sich von Zeit zu Zeit ein Sonnenstrahl durch die Wollenschicht. Aber die Sonne bleibt dennoch Sieger. Die rauhen Winde können nicht mehr lange anhalten, und bald wird es mit Richard Wagner heißen: „Winterstürme wichen dem Sonnenmond!“ Mit dem wachsenden Tage steigt nun die Sonne höher und höher und treibt zum Keimen, Knospen und Blühen, was still und tot schien. Der letzte Rest des Winters muß weichen und es tritt offenkundig zutage: Frühling wird es nun bald! Nicht nur in der Natur. Auch die Volksseele hat ihren Frühling. Sigmund hat die leidende und duldbende Menschheit ihre Winterberührung gefunden in den Tagen des März! In der Zeit des Naturerwachens gemannen die Unterdrückten Mut und Kraft, die lästigen Ketten abzuschütteln. Sie eroberten sich politische oder wirtschaftliche Rechte. Gerade vor 60 Jahren, achtzehnhundertvierzig und acht, als im Lenge das Eis gekracht, wurde ein gewaltiger Ansturm gegen das reaktionäre Regimentsjoch unternommen. Von Frankreich, wo am 24. Februar das Königtum weggeworfen wurde, kam der Freiheitsdrang, und selbst das junkerliche Preußen mußte Konzessionen machen. Im Berlin errang sich am 18. März 1848 das Volk — damals noch gemeinschaftlich Kleinbürger und Arbeiter — eine Verfassung durch Straßendemonstration und Parrikadenschuß. Heute, nach sechzig Jahren, liegen die Dinge anders. Die Bourgeoisie hat aus Furcht vor dem Sozialismus Frieden geschlossen mit den Junkern. Die Entwicklung der Technik macht Revolutionen alten Stils so gut wie unmöglich. Die Regierung hat ihre Gesetze aus der Reaktionszeit der fünfziger Jahre aufrecht erhalten und das preußische Junkertum scheint gegenwärtig zu triumphieren. Wohl gilt Preußen mit Recht als eines der politisch rückständigsten Kulturstaaten, aber die Reichen mehren sich, daß auch hier und bald ein Frühling tagt. Bereits stehen wir im harten Kampf mit dem reaktionären Dreiklassenwahlrecht, und wenn die Energie und Ausdauer der Arbeiterklasse sich weiter steigert, wird auch dieses Bollwerk fallen. Gewiß, das Bürgertum hätte alle Veranlassung, diesen Kampf als ihren eigenen zu führen, wenn es nicht größtenteils seine geschichtliche Tradition vergessen hätte. Aber es hat ja die geheizte Profutur! Und so sehen wir wieder in diesen Tagen die Scharfmacher an der Arbeit, dem Volke auch nur einen halben Tag der Freiheit zu „verbiehen“ und die Arbeiter mit Arbeitslosigkeit und Aussperrung zu bedrohen. Mühsam hat die geschlossene, in den Gewerkschaften organisierte Arbeitermasse sich einen schwachen Anteil an der Profutur erkämpfen müssen. Nicht minder mühsam und ausdauernd muß der Kampf um Anerkennung der politischen und geschichtlichen Rechte des Arbeiters ausgefochten werden. Jedoch: die Entwicklung, das eiserne Ruch der Geschichte, steht auf unserer Seite und wird sich gleich den Märzstrahlen der Sonne Bahn brechen. Wichtige Lebensbedingungen der breiten Massen des deutschen, vor allem des preußischen Volkes hängen nicht auf die Dauer ohne das Volk beraten und beschlossen werden! Das sind wir sicher. Eine weithin leuchtende Fackel erhält uns den Weg im Wirrwarr des Kleinkampfes. In diesen Tagen, am 11. März, sind 25 Jahre seit dem Tode von Karl Marx verfloßen. An anderer Stelle bringen wir eine eingehende Würdigung seines Strebens und Einflusses auf die Arbeiter. Mit seinem Auf: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ sind wir vorwärts gekommen, und in diesem Sinne weiter zu wirken, wird die schönste Gedächtnisfeier sein. Alle, die der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehen — aber auf einem Umwege mit uns zum gleichen Ziele streben, mögen sie misstrauisch, hilflos, ängstlich oder verbittert uns gegenüberstehen: Wir schmieden uns die Massen mit Marx' Lehre, auch sie zu befreien aus dumpfen Panden, aus Armut, Unwissenheit und Winternöten. Wir wollen nicht nur die Arbeiter, sondern die Arbeit selbst befreien, wir wollen und fordern Kultur, das feinstenredigste, Lebensfreude und Frühling für alle Menschen!



**Wiesbadener Sozialpolitik.** In Wiesbaden wurde am Straßenbau ungefähr 80 Arbeitern gekündigt. Unter denselben befinden sich Arbeiter, die 3, 5, 7, 9, 10, 17, 20 und sogar 30 bis 42 Jahre bei der Stadt in Arbeit gestanden haben. Die Kollegen waren ob dieser ungeheuerlichen Maßnahme ganz entrüstet, da leicht die Befürchtung besteht, daß die einzelnen Verwaltungen auf diese Weise versuchen, die älteren Arbeiter abzuschieben, um jüngere und billigere Arbeitskräfte dafür einzustellen. Die Wiesbadener Kollegen wählten daher in ihrer Mitgliederversammlung am 6. März eine Kommission von 5 Mann, die gemeinsam mit dem Kollegen Karole beim Oberbürgermeister vorstellig werden sollte. Diesem ist nun auch die Kommission in Gemeinschaft mit dem Kollegen Karole nachgekommen. Der Oberbürgermeister versprach auch, sich die Angelegenheit noch einmal vorlegen zu lassen und jede ungerechte Entlassung sowie Härten zu vermeiden. Der Oberbürgermeister gab selbst zu, daß es für den Arbeiter nach mehrjähriger Beschäftigung bei der Stadt infolge der ungünstigen Konjunktur keine Kleinigkeit sei, jetzt entlassen zu werden. Wir hoffen deshalb auf die sozialpolitische Einsicht des Oberbürgermeisters und erwarten, daß diese Maßnahme rückgängig gemacht wird. Deshalb enthalten wir uns vorher jeder weiteren Darlegung. Jedoch, das eine steht schon fest: Werden die Entlassungen der betreffenden Arbeiter vollzogen, dann liegt die ganze Sozialpolitik der Stadt Wiesbaden gründtlich am Boden.

**Ausschuß der Hamburger Versorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter.** Die bloße Möglichkeit, daß der Rentenbewerber demnächst dienstunfähig im Sinne des Versorgungsgesetzes werden wird, genügt nicht zur Gewährung einer Rente seitens dieser Kasse. Es muß vielmehr die Dienstunfähigkeit des Rentenbewerbers bereits eingetreten sein. Dem „Hamburgischen Korrespondent“ wird berichtet: „Ein in einem hübschen Staatsgebäude als Radenwächter beschäftigter Arbeiter hatte einen Anspruch auf Gewährung einer Rente seitens der Versorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter angemeldet und hierbei erklärt, infolge seines rheumatischen Leidens solle es ihm immer schwerer, seinen Wächtdienst zu versehen, zumal mit demselben vieles Treppengehen verbunden sei. Vollständig dienstunfähig sei er allerdings nicht. Er glaube aber, daß ihm sein Leiden nicht lange mehr gestatten werde, seinen Dienst zu versehen. Die Behörde für das Versicherungswesen hat die Gewährung einer Rente unter der Bedingung abgelehnt, daß die erforderlichen Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen. Auch der Ausschuß der Versorgungskasse unter dem Vorsitz des Oberamtsrichters Dr. Tesdorpf, auf dessen Entscheidung der Rentenbewerber angeklagen hatte, war der Ansicht, daß eine Verpflückung der Vorfälle zur Rentenzahlung noch nicht bestehe. Dem Zweck des Versorgungsgesetzes sei die Gewährung einer Rente für den Fall dauernder Dienstunfähigkeit des Versicherten. Es müsse also die Dienstunfähigkeit des Rentenbewerbers bereits eingetreten sein. Die bloße Möglichkeit, daß er nicht mehr lange dienstfähig sein werde, genüge hiernach nicht zur Gewährung einer Rente. Der Anspruch werde vielmehr in einem Zeitpunkt wiederholt werden müssen, in welchem die Dienstunfähigkeit tatsächlich eingetreten sei. Dieses Urteil wurde rechtskräftig. Später trat bald der Versicherungsfall infolge Verschlimmerung des rheumatischen Leidens bei dem Rentenbewerber ein und es wurde ihm eine Rente von monatlich 20,5 Mk. zugesprochen.“

Der Leumund nur zu! In Rarth ist die Mehrzahl der hiesigen Arbeiter sehr Jahren in unserem Verbände organisiert. Seit einiger Zeit waren auch die Stühle bei der Hand, um einen Ortsverein ihrer Richtung zu gründen und gegen die Freiorganisierungen mit den üblichen Verdächtigungen vorzugehen. Der Stadtmagistrat hat einen Fonds errichtet, aus dem städtische Arbeiter im Falle der Hilfsbedürftigkeit unterstützt werden. Die Entscheidung in den einzelnen Fällen liegt in den Händen eines Ausschusses, der in seiner Mehrheit aus Freiorganisierungen besteht. Das war den Stühlen ein Torn im Auge. Ihr Arbeitsekretär Varnholt behauptete wiederholt in Versammlungen, die Verwaltung des Gemeindearbeiterverbandes habe Gelder aus dem genannten Fonds unter sich verteilt, was von der Reichsverbandspresse weidlich ausgeschlachtet wurde, obwohl der Vorsteher des städtischen Panamonts in öffentlicher Magistratskammer die Behauptung als dicken Pöbelwaff erklärte, an dem kein wahres Wort sei. Der Vorsteher des Arbeitersausschusses und der Zahl stellvertretende haben sich deshalb beurlaubt, gegen Varnholt Klage wegen Verleumdung zu stellen. In der Verhandlung zog er es vor, zu erklären, daß er wieder dem Arbeitersausschuß nach der Verwaltung der Zahlstelle den Pöbelwaff habe machen wollen und können, sie hätten Unterschlupfsgelder unter sich verteilt, was beinahe seinen feinen Ausfahrungen dieser oder ein ähnlicher Vorwurf entnommen werden konnte.

**Christliche „Erfolge“.** In der sechsten erschienenen Nr. 11 der „Gewerkschaftsstimme“, Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, ist gleich eine ganze Seite darauf

verwendet, die neue Arbeitsordnung für die Stadt Passau ge-  
bührend als einen „Erfolg“ zu feiern. Das Geheimnis hierzu, so steht wenigstens in der „Gewerkschaftsstimme“, sei „Ausdauer, Ruhe und Sachlichkeit“. — Bei Lichte besehen aber ist das ganze nichts anderes als ein wortwörtlicher Abklatsch der Münchener Arbeitsordnung, an deren Zustandekommen der christliche Verband mit seinen 1½ Mitgliedern ungefähr soviel Anteil hat, wie etwa der Nachwächler an dem Aufgehen der Sonne. Freilich hat man in der gut zentrifugalen Stadt nicht vergessen, auch eine Portion Verschlechterungen einzuschleichen, damit die Bescheidenheit des christlichen Verbandes um so heller erstrahle. Es erhalten in Passau nun 3. B. Retortenarbeiter noch 3,20 Mk., Tagelöhner gar nur 2,40 Mk., wobei nicht einmal Vorrückungen vorgesehen sind. Die Arbeitszeit ist zehnstündig, für die Betriebsarbeiter gar zwölfstündig mit einer 2-stündigen Nachschicht. Alle 14 Tage dann 24 Stunden frei, das ergibt eine jährliche Arbeitszeit von 4380 Stunden (!). Während der Gemeindearbeiterverband gegen diese 12- und 24-stündigen Schichten energisch vorgeht und fast in allen größeren Städten den Dreischichtwechsel (achtstündige Arbeitszeit) durchgedrückt hat, wird in der „Gewerkschaftsstimme“ die Festlegung einer solchen geradezu mörderischen Arbeitszeit auch noch mit Johanna als Erfolge gefeiert. Meinen Nachschicht, seine Bezahlung der Feiertage usw. Besonders viele Anhänger werden sich die Christlichen durch solche „Erfolge“ nicht erringen. Im Gegenteil werden sich die hiesigen Arbeiter eine solche „Verleumdung“ ganz entschieden vom Halse halten.

## Internationale Rundschau.

**Der internationale Bund der Lithographen und Steindrucker usw.** gibt seit Februar ein Bulletin in französischer, englischer und deutscher Sprache heraus. Das Bulletin von Zeit zu Zeit die von den Landesorganisationen erstellten Berichte der Allgemeinheit zugänglich machen, es soll über die Lage des Weltmarktes, über die Arbeiterschlüsse, über Volkswirtschaft usw. laufend Nachrichten bringen; soll die Fortschritte und Kämpfe der Organisationen registrieren, die Kämpfe der Arbeiter unterstützen und auch eine Stelle sein, in der die Meinungen der Landesorganisationen ausgetauscht werden und über wichtige allgemeine Fragen diskutiert wird. Das Blatt wird vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und September ausgegeben.

**Belgien.** In Belgien bestanden 1906 in 25 Gemeinden 14 Kassen, die an 229 Gewerkschaften 46.700 Frank Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung zahlten. Die angeschlossenen Arbeiterorganisationen zahlten ihrerseits etwa 60.000 Frank. Unterstützt wurden 5019 Arbeitslose für rund 72.000 Tage. Der durchschnittliche Zuschuß betrug für den Arbeitslosen 9,28 Frank. Gegen 1905 ist die Zahl der angeschlossenen Arbeiterverbände um 98 gestiegen, die Zahl der Gemeinden um 7. An Zuschuß wurden nach vorläufiger Meldung im Jahre 1907: 35.000 Frank gezahlt.

**Dänemark.** Im April v. J. kam in Dänemark ein Gesetz zustande, wonach den Arbeitslosenklassen der Lohnarbeiter aus Staatsmitteln ein Drittel der für ihren Zweck aufgewandten Gelder ersetzt werden soll, während die Gemeinden außerdem ein Drittel aufzubringen können, so daß in solchem Fall die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird. Die dänischen Gewerkschaften haben sich bereits zum größten Teile mit ihren Arbeitslosenklassen dem Gesetze angeschlossen. Ende vorigen Monats waren es 29 gewerkschaftliche Arbeitslosenklassen mit zusammen 76.041 Mitgliedern, die auf den Staatszuschuß reflektierten und die dazu nötige Staatsanerkennung erhielten. Darunter sind Klassen mit wenigen hundert Mitgliedern, aber auch solche mit vielen Tausenden, wie die des Arbeitsmannsverbandes, die 27.000 Mitglieder zählt. Selbstverständlich streben die Gewerkschaften nun auch danach, die kommunalen Zuschüsse zu erhalten, zu deren Leistung die Gemeinden ja nicht verpflichtet, wohl aber berechtigt sind. Das Gewerkschaftsblatt von Kopenhagen hat dieser Tage bereits einen solchen Antrag an die Gemeindeverwaltung gestellt. Es handelt sich hier bis jetzt um 30.000 Mitglieder staatsanerkannter Arbeitslosenklassen.

**Italien.** Das Arbeitsamt veröffentlicht soeben das Resultat der Erhebungen über die italienischen Gewerkschaften. Danach wurden 4253 Arbeitersyndikate (Ortsgruppen) mit 642.049 Mitgliedern festgestellt. Nicht einbezogen sind die Eisenbahner, deren Organisation 42.000 Mitglieder zählt. Schiedet man noch die Syndikate der Pauer- und Landarbeiter aus, so reduzieren sich die obigen Zahlen auf 2960 Syndikate mit 382.533 eingeschriebenen Mitgliedern. Davon gehören 1439 Syndikate (49 Proz.) mit 141.109 Mitgliedern (40 Proz.) nur den lokalen Arbeitskammern an; 661 Syndikate (23 Proz.) mit 52.960 Mitgliedern (14 Proz.) dagegen sind nur den zentralen Berufsverbänden angeschlossen. Peiden Organisationsformen, den örtlichen Arbeitskammern zu vergleichen mit unseren (Gewerkschaftsarten) und den Zentralverbänden gehören 569 (19 Proz.) der Syndikate mit

